Das Info aus der Flora Nr. 34 Februar 1995



Jetzt zugreifen!

3.8 Mio

FREUNDLICHE BEWOHNERiNNEN! BESTE LAGE! ELBBLICK!

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Die Redaktion freut sich über die Zusendung eurer Beiträge (möglichst auf Diskette mit beiliegenden Ausdruck; Disketten können nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es - soweit vorhanden - gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spenden: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150-200 DM (pro Ausgabe!). Deswegen sind wir dringend auf eure Spenden angewiesen. Wenn euch also das Erscheinen der Zeitung nicht ganz egal ist, dann laßt uns etwas zukommen! Sammelt & Spendet Geld, macht Soliparties & Konzerte.
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt



Vorwort

Hafen für 3.8 Millionen - Techno Parties für 8,- DM - nur die Zeck gibt's weiter für umsonst.
Das ist doch echt prima!
Nach einmonatiger Ruhepause haben wir diesmal im Angebot: Spiel und Spaß für die Kleinen und Großen. Zeck mit Kreuzworträtsel, damit wir endlich der MoPo als Szenelektüre den Rang ablaufen.
Aus Hamburger Landen frisch auf den Tisch kommen drei Seiten El Rojito-Erklärung als abschreckendes Beispiel, desweiteren ein Text aus Gießen der in der Redaktion recht umstritten ist.
Wieder ins Sortiment aufgenommen wurden verschiedene Aktionen und Aktiönchen, die von gesteigertem Tatendrang zeugen und uns erfreut haben - auch wenn wir uns nicht so sicher sind, ob das Tieferlegen einiger Privat-Benze nun den entscheidente Schlag gegen Industrie und Kapital darstellt.
Ach so, und bevor ihr nun euern Sparstrumpf plündert um die Hafenstraße zu kaufen, überlegt doch erstmal, ob ihr das viele Geld nicht lieber uns überlassen wollt.

Das Hüttendorf Anatopia ist nach 3 ½ Jahren geräumt worden

Am Samstag den 7. Januar 1995 wurde das Hüttendorf Anatopia, auf dem Gelände der geplanten Teststrecke von Mercedes Benz geräumt und innerhalb von 24 Stunden komplett abgerissen.
Das Hüttendorf Anatopia wurde am 4. Juli 1991 von über Einhundert Menschen, als Ausdruck ihres Widerstandes gegen den Bau einer weiteren Teststrecke der Mercedes Benz AG im Papenburger Moor (im strukturschwachen Emsland) besetzt.
Durch diese Teststrecke im Papenburger Moor werden 1600 ha der größten zusammenhängenden Fläche Deutschlands zerstört und zubetoniert. Die Teststrecke dient nicht nur der Erprobung von PKW´s der Luxusklasse sondern auch zur Optimierung von Kriegsgerät (Unimog und Panzermotoren).
Desweiteren ist ohne große Umbauten möglich die Teststrecke in einen Militärflugplatz umzufunktionieren. Durch eine in 3 Kilometer Entfernung verlaufende Natopipline wäre die Treibstoffversorgung eines Militärflugplatzes gesichert.
Nicht zu vernachlässigen ist dabei auch die Rolle von Mercedes Benz sowie deren Tochterfirmen. Durch die weitreichenden Verknüpfungen der Firmen und die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der Teststrecke ist es somit möglich sie sowohl im Krieg, als auch im "Frieden" gewinnoptimierend zu expandieren.
Zum Mercedes Benz Imperium gehören u.a. Deutsche Aerospace (DASA), Karstadt, Horten, Donnier, MTU, Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), Siemens, Nixdorf, Olympia und AEG.
Mercedes Benz ist der größte Steuerzahler der BRD, wobei die Steuersumme allerdings von der Subventionssumme durch die BRD übertroffen wird.
So weitreichend wie die Verknüpfung der Benz AG ist, so gut organisiert ist der bundesweite und internationale Widerstand gegen die Mammutfirma.
Bereits 1988 scheiterte eine baugleiche Mercedes Teststrecke im badenwürtthembergischen Boxberg an der verbissenen Solidarität der Landbevölkerung zu den Bauern, die ihre Felder und somit ihre Arbeit verlieren sollten.
Und auch 1994 und 95 wurde aktiver Widerstand geleistet. So brannten im Oktober in Oldenburg 4 Mercedes S-Klassen aus.
Im Karoviertel in Hamburg kam es um die Jahreswende auch zu mehreren Anschlägen gegen Mercedes Filialien. [Nunja; eher war es so, daß es im Schanzenviertel zu einem Anschlag auf eine Benz-Filiale kam.]
Als Reaktion auf die Räumung wurde am 09.01.95 die Mercedes Benz Filiale in der Fackenburgerstr. in Lübeck besetzt!

Städteplenum der bundesweiten Wagentage, Lübeck im Januar 1995

Neues zu den § 129/129a-Verfahren in Göttingen

Im Juli 94 führten in Göttingen Bullen vom BKA, LKA und Göttinger Polizei eine großangelegte Durchsuchungsaktion gegen mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) nach §129a durch. Ende November folgte eine Anklageschrift gegen den u.a. damals durchsuchten Buchladen Rote Straße. Noch im Dezember erhielten die Anwälte vermeintlicher Mitglieder der Antifa (M) Akteneinsicht bezüglich des laufenden Verfahrens.

Am 28. November erhielten die Geschäftsführerin und der Geschäftsführer des Göttinger Buchladens Rote Straße eine Anklageschrift mit dem Vorwurf des "Werbens für eine terroristische Vereinigung nach 129a".
Grund dafür ist die im Juli im Zuge der großangelegten Razzia beschlagnahmte Broschüre "Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte BRD-RAF", die seit mittlerweile sieben Jahren im Handel ist (Auflage bisher: 10 000 Stück), sowie um eine Erklärung der RAF vom 6.3.94, die in mehreren großen Zeitungen auszugsweise veröffentlicht wurde. Die Broschüre wurde übrigens jüngst vom OLG Düsseldorf als nicht § 129a-relevant beurteilt.
Bei dem Kriminalisierungsversuch geht es dem Staatsschutz dann auch eigentlich um den politischen Anspruch des Buchladens als Ort von Gegenöffentlichkeit, der ihnen seit nunmehr 22 Jahren ein Dorn im Auge ist.

Am 22. Dezember wurden den AnwältInnen der von den §129a-Ermittlungen gegen die Antifa (M) Betroffenen Akteneinsicht gewährt, sowie das vorläufige Ermittlungsergebnis ausgehändigt.
Aus den Akten geht hervor, daß es aufgegeben wurde, den Antifa-Zusammenhang als terroristische Vereinigung anzuklagen. Nach den dreijährigen Ermittlungen des LKA Niedersachsen soll es sich bei der Antifa (M) um eine kriminelle Vereinigung (§ 129) handeln. Die Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde, ist von 15 im Juli 94 auf mindestens 25 gestiegen.

Die Antifa (M) hat es sich seit ihrer Gründung zur Aufgabe gemacht, antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Wenn es also der Staatsanwaltschaft in Celle gelingen sollte, die Gruppe nach § 129 zu kriminalisieren, wäre damit ein Präzedenzfall für die Arbeit anderer Antifa-Gruppen geschaffen. Antifaschistische Arbeit wäre dann gleichbedeutend mit organisiertem Verbrechen. Damit werden sie nicht durchkommen!
Geradezu lächerlich nimmt sich die Begründung dieser Konstruktion aus: Was die Antifa (M) zur kriminellen Vereinigung machen soll, sind angebliche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz auf Demonstrationen, zu denen die Antifa (M) (mit)aufgerufen hat.
Aus den Akten wird erstmalig der Umfang der Ermittlungsmaßnahmen transparent: LKA'ler waren auf nahezu allen Veranstaltungen der Gruppe präsent, teilweise wurden Videoaufnahmen gemacht. Die wöchentlichen Treffen wurden per Video überwacht, sämtliche Telefonate der Betroffenen seit Beginn der Ermittlungen vor drei Jahren werden protokolliert, es fanden Einzelobservationen statt, um Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Außerdem gibt es eine intensive Zusammenarbeit des LKA mit dem Verfassungsschutz.
Nach neusten Meldungen wird mittlerweile von der Celler Generalstaatsanwaltschaft wegen der Verbreitung der Broschüre "Verbotene Kunst - Kriminalisierte K.U.K.-Plakate" gegen mehrere Personen ermittelt.

Spendenkonto für den Buchladen: KTO 101 130 169 (D. Vogelskamp), Sparkasse Göttingen. BLZ 260 500 01

(Quellen: Erklärungen des Buchladens Rote Straße vom 2.12.94 und der Autonomen Antifa (M) vom 29.12.94)

Archiv der sozialen Bewegungen beklaut!

Leider haben wir am Nikolausmorgen keine mit Geschenken und Süßigkeiten gefüllten Schuhe vorgefunden (wie wir es verdient hätten), sondern ganz in Gegenteil ein ausgeräumtes Archiv.
In der Nacht zum 6. Dezember 94 wurde im Archiv der sozialen Bewegungen in der Roten Flora eingebrochen. Dabei wurden uns sämtliche technischen Geräte gestohlen:
- zwei Computeranlagen mit Drucker,
- ein Faxgerät,
- Werkzeug,
- und der gemietete Kopierer (Panasonic FP 1510)

Aufgrund der Tatsache, daß wir nicht versichert sind, ist uns ein Schaden von mehreren Tausend Mark zugefügt worden. Geld, das wir nicht haben.
Darüberhinaus sind wir sämtlicher Arbeitsmittel beraubt, die für die Arbeit im Archiv notwendig sind. Das trifft uns sehr.

Foto: FotoArchivKollektiv

Wütend macht uns die Tatsache, daß sich die Täter in der Flora anscheinend gut auskennen, das heißt, sich dort aufhalten und sie möglicherweise sogar nutzen und sei es nur durch Konzertbesuche oder die Volxküche/Cafş.
Wir sehen in dem Einbruch (und nicht nur in diesem) einen gezielten Angriff auf linke selbstverwaltete Strukturen, auch wenn die Täter möglicherweise zu blöde oder zu feige sind sich auf andere Weise Geld zu beschaffen.
Wir möchten Euch nun bitten, uns in dieser schwierigen Situation zu helfen: Vielleicht habt Ihr ja einen **Computer** (auch Teile) oder ein **Faxgerät**, das Ihr nicht mahr brauchzt. Oder ihr **spendet** auf unser Konto (siehe unten). Jeder Betrag ist eine Hilfe.

Archiv der sozialen Bewegungen; Öffnungszeiten: Mo. Mi 16-19 Uhr; Tel. 433007; Spendenkonto: Hamburger Bank, KtoNr. 12/267503, BLZ 20190003

Café Exil

Infocafé gegenüber der Ausländerbehörde Amsinckstraße

Bislang gab es für diejenigen, die in der Ausländerbehörde Amsinckstraße 28 oder 34 wegen ihres Aufenthalts oder als Begleitung zu tun hatten, keine Möglichkeit, sich in der Nähe zu treffen, Informationen und Erfahrungen auszutauschen, Unterstützung zu finden oder zu organisieren. Im Oktober haben sich verschiedene MigrantInnengruppen und andere antirassistische Initiativen und Einzelpersonen zusammengetan, um einen unabhängigen "nicht-staatlichen" Treffpunkt dort zu schaffen. Seit Anfang Januar gibt es ihn nun:

In der Spaldingstraße 41 bei der Ampel, gegenüber der Ausländerbehörde
Öffnungszeit:
Mo, Di, Do ab 6.00 Uhr bis nachmittags um 16.00 Uhr
Mi 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, Fr 6.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Neben der Möglichkeit, einen Tee oder Kaffee zu trinken und/oder sich einfach auszuruhen,
- wollen wir Infotafeln erstellen mit aktuellen Informationen, z.B. über Verfahrensweisen in der Ausländerbehörde, Weiseungen etc., sowie Länder- und Veranstaltungshinweisen;
- sollen Infobroschüren zum Ausländer-, Asyl- und Sozialrecht in verschiedenen Sprachen und Adressen von Beratungsstellen, Initiativen etc. zur Verfügung stehen;
- können Übersetzung und Begleitung angeboten oder vermittelt werden;
- besteht die Möglichkeit zum Telefonieren und Kopieren;
- können BesucherInnen der Ausländerbehörde Nachrichten hinterlassen (Zettelsystem) oder sich an- und abmelden, z.B. wenn sie unsicher sind, ob ihr Aufenthalt verlängert wird;
- sollen Informationen, Erfahrungen, Vorfälle etc. dokumentiert und evtl. veröffentlicht werden;
- haben Gruppen die Möglichkeit, die Räume für Treffen zu nutzen.

Träger und Koordinationsstelle ist das Plenum, das sich einmal wöchentlich trifft. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Gruppen findet es an wechselnden Wochentagen statt.

Es sind alle MigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen und alle anderen antirassistischen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aufgerufen, sich an den Öffnungszeiten und den Aktivitäten zu beteiligen und/oder den Treffpunkt auch finanziell zu unterstützen.

Kontakt: Woge e.V., Tel. 4304802; Antirassistisches Telefon: 431587.
Spenden bitte auf das Konto: VVN-BdA, Stichwort "Infocafé", Haspa, BLZ 20050550, KtoNr: 1211/126923

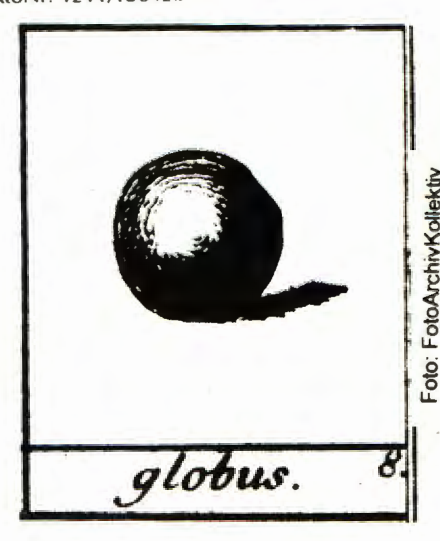


Foto: FotoArchivKollektiv

Migration & Rassismus in europäischen Hafenstädten

Auszüge aus dem Kongreßprogramm: Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten, Hamburg 16.2.-19.2.95

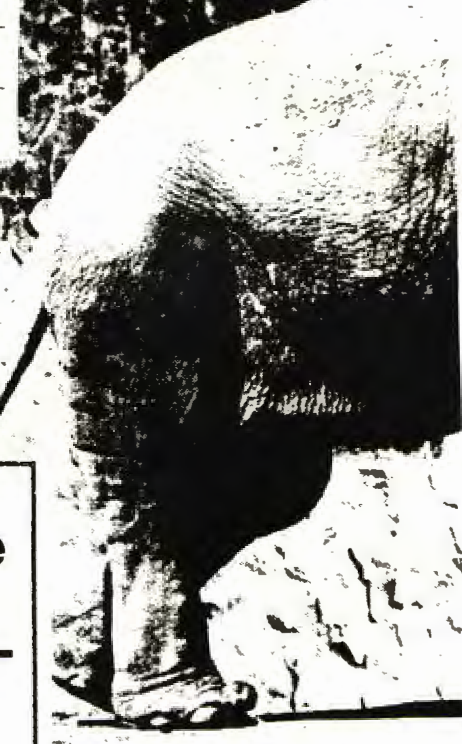
Donnerstag, 16.02.
16.00-18.00 Uhr Vortrag: Weltwirtschaft, Metropolen-Entwicklung und Süd-Nord Migration; Lydia Potts, Oldenburg
19.00-21.00 Uhr Vortrag: Hafen-, Stadt-, und Bevölkerungsentwicklung: Einwanderung als Wurzel der Stadt; Emile Temime, Marseille
21.00 Uhr Film "The Truth lies in Rostock", mit JAZ-Rostock. Veranstaltungsort: Lichtmeß-Kino Gaußstraße

Freitag, 17.02.
9.30-13.00 Uhr Stadtentwicklung, Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten: Berichte aus Barcelona, Hamburg, London, Petersburg
19.00-21.00 Uhr Podiumsdiskussion: "Rassismus und Flüchtlingspolitik in den Staaten der EU" (u.a. mit VertreterInnen von SOS Racismo Barcelona, Campaign against Racism ans Fascism London). Moderation: Nadine Gevret, Redaktion Off Limits

Samstag, 18.02.
9.30-16.30 Uhr (13.00-14.30 Uhr Pause) Arbeitsgruppen: Flüchtlinge in der Metropolengesellschaft
AG 1 - MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt: Deregulierung und "ethnische" Spaltungsprozesse
AG 2 - Immigration und Stadtentwicklung
AG 3 - Frauen-Forum: Frauen und Migration, doppelte Diskriminierung durch Rassismus und Sexismus
AG 4 - Rassismus in der Großstadt-Gesellschaft
AG 5 - Die verlorene Generation? Jugendliche MigrantInnen in der Metropole
AG 6 - Antirassistische Praxis: Organisierung, Unterstützung und Solidarität
17.00-19.00 Uhr Workshops: Perspektiven antirassistischer Politik, Projekte und Kampagnen in europäischen Hafenstädten

Sonntag, 19.02.
11.00-13.00 Uhr Abschluß-Vortrag: Erfahrungen und Perspektiven antirassistischer Kämpfe in Europa; Liz Fekete, London

Veranstaltungsort ist, wenn nicht anders angegeben, die Werkstatt 3 (Nernstweg 32), die auch Veranstalterin ist. Anmeldeschluß ist der 26.01.(!). Eine Gesamtkarte für alle vier Tage kostet, je nach Einkommen, 40,- bis 110,- DM
Weitere Informationen sind unter 040/392191 zu erfragen.



EZLN

Wir haben zum 1.Jahrestag des Aufstands der indigenen Bevölkerung in der mexikanischen Provinz Chiapas durch die EZLN an der Fassade eines Warenhauses in der Georgstraße (Hauptgeschäftsstraße in Hannover) ein 6 mal 3 Meter großes Transparent aufgehängt. Am 31.12.93 begann in Chiapas (Mexiko) ein Aufstand der indigenen Landbevölkerung gegen Hunger, Unterdrückung und Großgrundbesitz. Im Dezember 94 begann eine Offensive des Militärs.
VIVA EZLN
Protestiert gegen Mord undRepression!
Libertad y Tierra

Mess

Am 24.12.94 (Weihnachten) haben wir die Yuppie-Kneipe Mess im Hamburger Karolinenviertel, Turnerstraße, angegriffen. Wir beschenkten die Yuppi Ärsche mit mehreren Pflastersteinen in ihre teuren Scheiben + Leuchtreklamen.
MESS VERPISS DICH!
Den Widerstand gegen Umstrukturierung und Yuppisierung organisieren.
Bullen und Spekulanten raus aus dem Karoviertel.
AUTONOME GRUPPEN

Der Ermittlungsausschuß Bremen informiert:

Bescheid zur Anhörung wegen der Teilnahme an einer verbotenen Versammlung am 3.10.94 in Bremen

Liebe Leute, so ab Dezember 94 trudeln langsam die ersten Beschiede zur Anhörung wegen der Teilnahme an einer verbotenen Versammlung ein. Um möglichen Irrungen und Wirrungen vorzubeugen, halten wir es für wichtig, euch ein paar Informationen und Tips zu geben.

Also, da wäre als erstes etwas zum Bescheid.

Grundsätzlich solltet ihr genau lesen, was auf dem Bescheid steht, da hiervon eure Rechte und Pflichten abhängen. Als ZeugIn oder BeschuldigteR muß einer **polizeilichen Vorladung** nicht nachgekommen werden. Die Ladung zur StaatsanwältIn oder RichterIn ist zwingend. Dar Recht, eine AnwältIn mitzubringen, habt ihr immer!

Als **BeschuldigteR** habt ihr das Recht, die Aussage zu verweigern. **Verpflichtend sind nur Angaben zur Person, sonst nix!!!**

Keine weiteren Aussagen, denndie können später geggen euch verwendet werden:

- häufig benutzt die Polizei Aussagen, um Vorwürfe erst dann zu konstruieren
- es wird versucht, euch einzuschüchtern. Durch eine Aussage kann euch eine Straftat im nachhinein angehängt werden oder andere belastet werden.
- Aussagen können gegeneinander ausgespielt werden.
- ihr glaubt, durch eure Aussage ein geringeres Strafmaß zu erhalten. Das ist ein trugschluß.
- auch eure Eltern sollten die Aussage verweigern. Es ist ihr Recht und die Polizei kriegt weniger informationen für eventuelle Akten.

Die Teilnahme an einer verbotenen Versammlung ist eine **Ordnungswidrigkeit** und wird auf jeden Fall nur mit einem **Bußgeld** geahndet. Den Bußgeldbescheid erhaltet ihr später.

Wichtig: Gegen den Bußgeldbescheid muß **innerhalb einer Woche Einspruch** eingelegt werden. Diese Frist beginnt am Zustelltag. Den Einspruch am besten sofort machen, unterschreiben. Aktenzeichen nicht vergessen und ab damit (per Einschreiben) an das zuständige Amtsgericht. Ist die Frist schon abgelaufen, muß zusätzlich zum Einspruch ein Antrag auf "Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand" gestellt werden. Hier müßt ihr allerdings beweisen, daß es für euch unmöglich war, die Frist einzuhalten (Urlaub, schwere Krankheit etc.). Wichtig hier: dieser Antrag muß innerhalb einer Woche nach Ablauf der Einspruchsfrist geschehen.

Irgendwann gibt es dann eine mündliche Verhandlung und dann ein Verfahren. Es wird in diesem Fall immer nur ein Bußgeld.

Spätestens nach dem Einspruch wird unbedingt eine AnwältIn nötig. Die AnwältIn kann dann mit euch entscheiden, ob der Einspruch sinnvoll ist, ob er zurückgezogen wird, oder ob es besser ist bei vielen gleichartigen Vorwürfen ein Verfahren durchzuziehen. Der Einspruch kann bis einen Tag vor Verhandlungsbeginn zurückggezogen werden, ohne daß euch Nachteile entstehen.

Nochmals: die Aussageverweigerungg ist euer recht und es kann euch nix passieren. Wenn ihr unsicher seid, haltet lieber Rücksprache mit uns oder einer AnwältIn!

Unsere Adresse: Ermittlungsausschuß Bremen, St.Paulistr.10/12, 28203 Bremen

Wir brauchen weiterhin dringgend Kohle für die laufende Arbeit und eventuelle Verfahren. Und auch Solidarität von Leuten, die am 3.10. nicht im Knast waren!

Spendenkonto: Sparkasse Bremen BLZ 290 501 01 Stichwort Ermittlungsausschuß Kontonummer 1614 874

Liebe Grüße, EA Bremen

129a Verfahren eingestellt

Das Ermittlungsverfahren gegen den Vorstand des Alhambra-Fördervereins (Oldenburg/OD) wegen Verstoßes gegen den §129a ist ohne Angabe von Gründen eingestellt worden. Zur Erinnerung: Weil in der März-Ausgabe 94 der Alhambra-Zeitung ein Hinweis auf eine Broschüre der Roten Zora ("Mili's Tanz auf dem Eis") abgedruckt war, hatte die Oldenburger Staatsanwaltschaft gegen den Vorstand des "Vereins zur Förderung eines Aktions- und Kommunikationszentrums in Oldenburg e.V." wegen des Verdachts auf "Werbung für eine terroristische Vereinigung" ermitteln lassen.

aus: Alhambra Januar 95



Migration & Rassismus in europäischen Hafenstädten

Auszüge aus dem Kongreßprogramm: Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten, Hamburg 16.2.-19.2.95

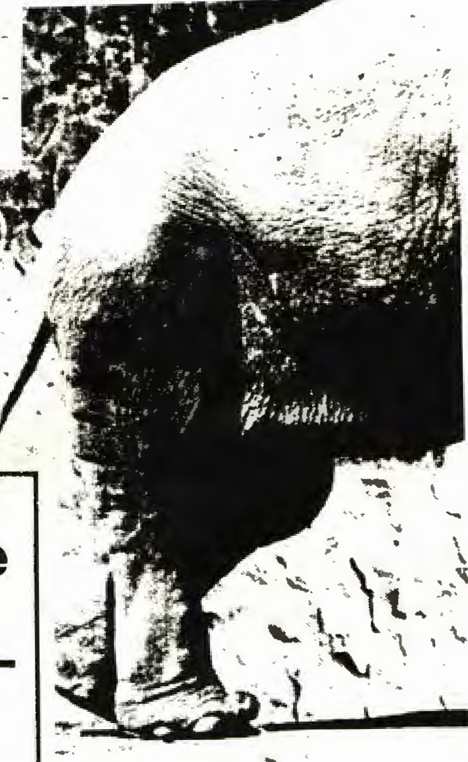
Donnerstag, 16.02.
16.00-18.00 Uhr Vortrag: Weltwirtschaft, Metropolen-Entwicklung und Süd-Nord Migration; Lydia Potts, Oldenburg
19.00-21.00 Uhr Vortrag: Hafen-, Stadt-, und Bevölkerungsentwicklung: Einwanderung als Wurzel der Stadt; Emile Temime, Marseille
21.00 Uhr Film "The Truth lies in Rostock", mit JAZ-Rostock. Veranstaltungsort: Lichtmeß-Kino Gaußstraße

Freitag, 17.02.
9.30-13.00 Uhr Stadtentwicklung, Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten: Berichte aus Barcelona, Hamburg, London, Petersburg
19.00-21.00 Uhr Podiumsdiskussion: "Rassismus und Flüchtlingspolitik in den Staaten der EU" (u.a. mit VertreterInnen von SOS Racismo Barcelona, Campaign against Racism ans Fascism London). Moderation: Nadine Gevret, Redaktion Off Limits

Samstag, 18.02.
9.30-16.30 Uhr (13.00-14.30 Uhr Pause) Arbeitsgruppen: Flüchtlinge in der Metropolengesellschaft
AG 1 - MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt: Deregulierung und "ethnische" Spaltungsprozesse
AG 2 - Immigration und Stadtentwicklung
AG 3 - Frauen-Forum: Frauen und Migration, doppelte Diskriminierung durch Rassismus und Sexismus
AG 4 - Rassismus in der Großstadt-Gesellschaft
AG 5 - Die verlorene Generation? Jugendliche MigrantInnen in der Metropole
AG 6 - Antirassistische Praxis: Organisierung, Unterstützung und Solidarität
17.00-19.00 Uhr Workshops: Perspektiven antirassistischer Politik, Projekte und Kampagnen in europäischen Hafenstädten

Sonntag, 19.02.
11.00-13.00 Uhr Abschluß-Vortrag: Erfahrungen und Perspektiven antirassistischer Kämpfe in Europa; Liz Fekete, London

Veranstaltungsort ist, wenn nicht anders angegeben, die Werkstatt 3 (Nernstweg 32), die auch Veranstalterin ist. Anmeldeschluß ist der 26.01.(!). Eine Gesamtkarte für alle vier Tage kostet, je nach Einkommen, 40,- bis 110,- DM
Weitere Informationen sind unter 040/392191 zu erfragen.



EZLN

Wir haben zum 1.Jahrestag des Aufstands der indigenen Bevölkerung in der mexikanischen Provinz Chiapas durch die EZLN an der Fassade eines Warenhauses in der Georgstraße (Hauptgeschäftsstraße in Hannover) ein 6 mal 3 Meter großes Transparent aufgehängt. Am 31.12.93 begann in Chiapas (Mexiko) ein Aufstand der indigenen Landbevölkerung gegen Hunger, Unterdrückung und Großgrundbesitz. Im Dezember 94 begann eine Offensive des Militärs.
VIVA EZLN
Protestiert gegen Mord undRepression!
Libertad y Tierra

Mess

Am 24.12.94 (Weihnachten) haben wir die Yuppie-Kneipe Mess im Hamburger Karolinenviertel, Turnerstraße, angegriffen. Wir beschenkten die Yuppi Ärsche mit mehreren Pflastersteinen in ihre teuren Scheiben + Leuchtreklamen.
MESS VERPISS DICH!
Den Widerstand gegen Umstrukturierung und Yuppisierung organisieren.
Bullen und Spekulanten raus aus dem Karoviertel.
AUTONOME GRUPPEN

Und dann haben wir gesacht: Es reicht!

Wir sind die BewohnerInnen der Wagenburg BAMBULE aus Hamburg. Zuersteinmal wollten wir uns bei allen UnterstützerInnen für die breite Solidarität zum und nach dem 1.12. bedanken.
Zur Erinnerung: In der Nacht vom 1. auf den 2.12. haben wir mit vielen UnterstützerInnen gegen die drohende Räumungg mit Wut und Haß unseren Widerstand nochmal deutlich gemacht.
Wir stehen immer noch hier und es gibt einiges zu sagen:
Die vergangenen drei Monate waren verständlicherweise sehr kraftraubend und nervenzehrend. Nach den Ereignissen um den 1.12. brauchten wir etwas Zeit zum Ausspannen und zum Überlegen, wie es weitergehen kann. Da stecken wir jetzt mittendrin. Deswegen melden wir uns auch erst jetzt.
Da wir von vielen Leuten wissen, daß die Vorgeschichte wenig bekannt ist, wollen wir heute erstmal dazu was sagen, um ein authentischeres Bild zu ermöglichen, als es in den geifernden Medien verbreitet wurde.
Es gibt BAMBULE (7 Menschen in 8 Wagen) jetzt seit ungefähr einem Jahr. Seit unserem Bestehen versucht die Stadt Hamburg (Bezirksamt Mitte) in Zusammenarbeit mit der Sanierungsträgerin des Karoviertels (STEG), uns von dem Gelände zu vertreiben. Die rechtlichen Möglichkeiten, eine drohende Räumung zu verhindern, sind inzwischen so gut wie ausgeschöpft. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen waren und sind für uns aber sowieso nur Beiwerk: Uns ist klar, daß der Erhalt des Bauwagenplatzes entweder politisch erkämpft wird oder eben nicht.
Unser Kampf für den Erhalt des Platzes hat die ganze Zeit über zwei unterschiedliche Stoßrichtungen gehabt. Zum einen versuchen wir mit anderen Wagenplätzen zusammen, eine Abschaffung des "Bauwagengesetzes" zu erreichen. Dieses Gesetz, welches aus dem Jahre 1959 stammt, verbietet das Leben im Wagen grundsätzlich. Inhaltlich bezieht es sich auf Feuersicherheit und hygienische Verhältnisse. Das Gesetz läßt den Bezirken allerdings einen Ermessensspielraum - es kann, muß aber nicht gegen Bauwagenplätze eingeschritten werden. Insofern ist es ein reines Repressionsinstrument zur Kriminalisierung von BauwagenbewohnerInnen, was eine unterschiedliche Umgehensweise mit gewollten und nicht gewollten Plätzen ermöglicht.
Zum anderen haben wir uns auf den Stadtteil und die Menschen, die hier wohnen, bezogen. Das Karoviertel ist eines der letzten Wohnviertel in der Innenstadt. Bis vor einigen Jahren vom Modernisierungswahn(-sinn) verschont geblieben, bestand es vornehmlich aus Altbauten mit unterem Mietniveau und dem entsprechenden Wohnstandard (Ofenheizung, kalt Wasser, keine Duschen usw.). Hier leben vergleichsweisee viele Menschen unterschiedlichster Nationalität und ältere Menschen, welche sicherlich zum ärmeren Teil der Gesellschaft zu zählen sind. Es gilt als "Szeneviertel" und wird als "sozialer Brennpunkt" konstruiert. Die wiederentdeckte Messe- und Innenstadtnähe hat einen Umstrukturierungsprozeß mit vielen bekannten Begleiterscheinungen in Gang gesetzt.
Nach und nach wurden/werden die städtischen Häuser saniert. Ohne daß sich dabei von Luxussanierung sprechen läßt, da im Prinzip nur eine völlig heruntergekommene Bausubstanz an ein "normales" Sozialwohnungsniveau angeglichen wird, stellt dies aber den Nährboden für eine weitere Entwicklung dar:
Zehn Jahre nach Beendigung der Sanierung fällt für jede Wohnung die soziale Mietpreisbindung. Danach können die Mieten dem Markt überlassen werden, wodurch viele Menschen, die heute hier wohnen, aus dem Viertel herausgedrängt werden. Dieser zu erwartende Prozeß soll jetzt oder spätestens dann private Investoren anlocken und anreizen, ebenfalls zu sanieren oder umzuwandeln. Insofern ist die Minimalsanierung der Sozialwohnungen heute die Initialzündung für die gewollte Luxussanierung später. Ebenfalls wichtig in diesem Zusammenhang ist die Auslagerung des angrenzenden Schlachthofes zwecks Steigerung der allgemeinen Wohnattraktivität und um Raum für kapitalträchtiges Dienstleistungsgewerbe zu eröffnen. Bereits heute bestimmt hier eine Mixtur aus "Alternativ"-Second-Hand-Läden für den schicken Kult sowie diverse Yuppi-Modeboutiquen das Straßenbild. Auch die Kneipenszene wird immer schicker und teurer. Zur Krönung wird hier aktuell gerade ein neues Luxushotel gebaut...
Organisiert wird diese Entwicklung hauptsächlich von der STEG (Stadtentwicklungsgesellschaft). Sie ist von der Stadt eingesetzt worden, um eine Art Puffer zwischen Stadtplanung und betroffener Bevölkerung zu bilden. Gemäß der zu erwartenden Probleme bedient sie sich verschiedener Vorgehensweisen, um ihre Funktion reibungslos zu erfüllen:
- Als Grundlage wird immer wieder eine Art "Schicksalsgemeinschaft Karoviertel" beschworen. Über ein konstruiertes "Wir", vermeintlich jenseits aller sozialen und politischen Unterschiede, wird versucht, ihre eigentliche Verantwortung und Machtstellung zu verschleiern. Von diesem "Wir" bleibt dabei allerdings ein großer Teil der Bevölkerung in unterschiedlichen Abstufungen ausgeklammert:
Nach rassistischen Kriterien werden die Nichtdeutschen Menschen des Viertels von öffentlichen Diskussionen ausgeschlossen (u.a. nur deutschsprachiges Mitteilungsblatt der STEG). Darüber hinaus werden die hier lebenden Roma direkt unter Druck gesetzt, in dem ihnen die für eine Selbstorganisierung notwendigen Räumlichkeiten immer wieder entzogen werden sollen. Kindern und Jugendlichen, welche sich viel auf der Straße aufhalten, wird gleich die Polizei auf den Hals gehetzt.
Durch die bevorzugte Vergabe von Wohnungen an DeutschpaßinhaberInnen, um den "AusländerInnenanteil" im Viertel auch aktiv zu senken, ist die STEG Handlangerin der rassistischen Ausländerpolitik.
- Die STEG gibt sich ein betont lockeres Image, prahlt ständig mit ihrem unkomplizierten Problemlösungsvermögen. Dies soll ein hohes Maß an Bevölkerungsnähe suggerieren. Dafür haben sie ein Büro direkt hier im Viertel mit mehreren SozialarbeiterInnenstellen eingerichtet, wo sich den Nöten und Sorgen der BewohnerInnen gewidmet wird. Dieses Büro hat im Wesentlichen keine Entscheidungsbefugnis, wenn es um grundsätzlichere Fragestellungen geht.
- Mit Widerstand, der sich gegen diesen Umstrukturierungsprozeß rührt, wird je nach konkreter Situation entweder integrativ oder repressiv umgegangen. Zum einen wird versucht, Leute in ihre Arbeit mit einzubeziehen, oder zum Beispiel: Wohnprojekte zu ermöglichen. Zum anderen reagiert(e) die STEG immer wieder

mit Polizeieinsätzen, z.B. auf Wohnungs- oder Hausbesetzungen oder eben auf diesen Bauwaggenplatz.
Maßstab dabei bleiben die von der STEG diktierten "Spielregeln" (O-Ton), an die sich alle Beteiligten der Schicksalsgemeinschaft zu halten haben. Dies bedeutet im Klartext, daß Formen der Selbstbestimmung/-organisation nur dann nicht verhindert werden, wenn sie sich kompromißbereit mit einplanen lassen, oder mit den Vorstellungen und Vorgaben der STEG sowieso übereinstimmen.

All das haben wir im vergangenen Jahr immer wieder versucht zu thematisieren. Mit diversen Flugblättern und politischen Aktionen (auch mit anderen Gruppierungen zusammen) haben wir die STEG ständig angegriffen und kritisiert. Dabei war und ist die Auseinandersetzung um den Platz immer nur ein Teil gewesen Es hat sich aber gezeigt, daß der Bauwagenplatz zur Zeit ein ziemlich umbequemer Faktor geworden ist. Die Lücke zwischen stadtplanerischen Vorgaben und den Interessen einer inzwischen nicht geringen Anzahl von BewohnerInnen klafft hier extrem weit auseinander. Insofern hat für uns und andere der Kampf um den Bauwagenplatz eine exemplarische Funktion in den Kämpfen gegen Umstrukturierung überhaupt. Vielen Leuten sind gerade in letzer Zeit die Doppelmoral und tatsächlichen Interessen der STEG nochmal deutlicher geworden.
Dies hat dazu geführt, daß wir heute eine breite Solidarität und Verankerung im Viertel haben und im Prinzip niemand mehr die Haltung der STEG in diesem Konflikt akzeptieren kann. STEG und Bezirksamt haben im vergangenen Jahr von Anfang an nur daraufhin gearbeitet, eine polizeiliche Lösung zu ermöglichen. Diverse Gesprächsangebote unsererseits wurden ausgeschlagen oder ignoriert. Stattdessen wurden wir mit Räumungsverfügungen überhäuft und sahen uns mit der Stimmungsmache und Hetze diverser PolitikerInnen aus SPD/CDU konfrontiert.
Mitte November fällte das Oberverwaltungsgericht in letzter Instanz das erste rechtskräftige Räumungsurteil gegen einen Wagen von uns und es schien nur noch eine Frage von wenigen Tagen bis zu einer Räumung.
In dieser Situation hatten wir uns entschlossen, in die Offensive zu gehen. Wir hatten keine Lust, tagelang auf das Räumungskommando zu warten. Für uns war klar, daß wir nicht gehen würden. Gleichzeitig war auch klar, daß wir eine Räumung konkret nicht häten verhindern können. Nach Bekanntwerden des Urteils haben wir drei Tage später ein UnterstützerInnenplenum organisiert, zu dem ca. 150 Menschen kamen. Dort ging es um Möglichkeiten, den Platz zu verteidigen. Die Entscheidung, gemeinsam den Platz zu befestigen und Barrikaden zu bauen, war für uns die einzige Möglichkeit, doch noch eine politische Lösung zu erzwingen. Es sollte klargemacht werden, daß eine Räumung nur zu einem hohen Preis durchgezogen werden kann. Wir sind davon ausgegangen, daß es entweder zu Beginn bzw. im Verlauf der Aktion zu Gesprächen mit EntscheidungsträgerInnen kommen würde oder der Platz während möglicher Auseinandersetzungen mit der Polizei geräumt bzw. plattgemacht werden würde.



Es wurden dann binnen einer halben Stunde an acht Stellen im Viertel Barrikaden errichtet. Nachdem die Besatzungen der ersten wenigen Streifenwagen sehr schnell begriffen hatten, daß Barrikaden nur dann einen Sinn machen, wenn sie auch verteidigt werden, begann die Polizei an zwei Stellen massiv aufzufahren. Im Verlauf von drei Stunden brachten sie dann insgesamt zwei Hunderschaften Bereitschaftspolizei, mehrere Einsatzzüge (mobile Knüppeltrupps), Mobiles Einsatzkommando, zivile Schergen der EX-E-Schicht, Wasserwefer und Räumungsgerät vor Ort. Während dieser Zeit versuchten sie mehrmals an den Barrikaden durchzubrechen, was ihnen aber nicht gelang Abgesehen davon, daß sie jedesmal erfolgreich wieder weggeschickt wurden, wurden sie darüberhinaus immer wieder angegriffen und unter Druck gesetzt. Auf Vermittlungsversuche von AnwältInnen und GAL-PolitikerInnen sind die Schergen in dieser ganzen Zeit nicht eingegangen. Erst als der Innensenator Wrocklage vor Ort eingetroffen war, fand dann ein Gespräch statt. Kurz davor hatte das MEK nach über drei Stunden eine Barrikade gestürmt. Zu dem Zeitpunkt war aber sowieso schon ein Großteil der Leute aus Sicherheitserwägungen verschwunden und es gelang auch allen anderen, einer Festnahme zu entgehen. Wider Erwarten beschränkten sich die Schergen dann tatsächlich darauf, die Straße freizuräumen und räumten weder die Bauwagen vom Platz noch zerstörten sie diese.

Am Tag danach wurde uns ein Gesprächsangebot von Seiten einer Staatsrätin aus der STEB (Stadtentwicklungsbehörde) gemacht. Drei Tage später fand dann im Beisein unseres Anwaltes ein Gespräch zwischen uns un der Saatsrätin Meyer-Reimers, die von Stadtentwicklunggssenator Mirow zu Verhandlungen autorisiert war, statt. Dabei wurde es für sie allerdings schnell zum Problem, daß es für uns nichts Grundsätzliches zu verhandeln gibt. Schließlich geht es uns nur darum, unsere Forderungen durchzusetzen: Bambule bleibt und Abschaffung des Bauwagengesetzes.
Am 3.12. fand dann eine Demonstration mit 200 Menschen von der Roten Flora zum Bauwagenplatz Bambule statt. Sie hatte den Zweck, zum Einen eine Gegenöffentlichkeit zur Medienhetze herzustellen umd zum Anderen, den Platz mit vielen Leuten wieder zu beleben. Im Anschluß an die Demo war eine Fete vorgesehen. Als Reaktion darauf zog die Polizei binnen einer Stunde erneut zwei Hundertschaften und schweres Raumgerät um das Viertel zusammen und versuchte dies

[illegible] nachträglich vielleicht [illegible] Festnahmen zu machen, die [illegible] Nacht nicht gelungen waren. [illegible] daraufhin die Feier auf, um [illegible] Festnahmen zu verhindern, was auch gelang.

Gemessen an unseren Vorstellungen bewerten wir die ganze Aktion als politischen Erfolg! Es gibt jetzt nochmal Gespräche mit EntscheidunggsträgerInnen, der Platz existiert weiterhin und es gab im Übrigen keine einzige Festnahme und kaum Verletzungen. Das entschlossene, militante Handeln zu diesem selbstgewählten Zeitpunkt war offensichtlich das genau Richtige und einzige Mittel, um die Räumungsmaschine aus Bezirk, STEG, Justiz und Polizei aufzuhalten. Besonders die Entscheidung, selbst die Initiative zu ergreifen, statt auf die Räumung zu warten, hat für viel Überraschung und Unruhe gesorgt.
In diesem Zusammenhang nochmal viel Lob an alle. Entgegen einiger Befürchtungen artete es zu keinem Zeitpunkt in eine unkalkulierbare Straßenprügelei aus. Die Funktion der Barrikaden in der Auseinandersetzung als Druckmittel, um weitere Handlugsmöglichkeiten zu eröffnen, stand die ganze Zeit spürbar im Vordergrund. Aufgrund von guter Organisiertheit und konzentriertem Handeln konnte sich ein tolles Gefühl von Sicherheit und gemeinschaftlicher Kraft entwickeln.
Inzwischen ist klar, daß die Polizeiführung völlig überrascht wurde. Dies liegt auch an der Tatsache, daß es hier in Hamburg seit langem erstmals bei einer Bauwagenräumung zu militantem Widerstand kam. Zum anderen kann es an der Tatsache liegen, daß die Schergenführung im Moment wenig Einblick in die "Szene" zu haben scheint.
Diese Unsicherheit, zusammen mit dem Willen, die Schlappe vom 1.12. auszubügeln, führt bis heute dazu, daß bei allen möglichen Aktionen und Anlässen massiv Schergen im Viertel auffahren. Zuletzt geschah dies wieder bei den Protesten gegen die Räumung des Hüttendorfes Anatopia, bei denen unter anderem eine Mercedes-Niederlassung entglast wurde und eine Scherbendemo durchgeführt wurde.

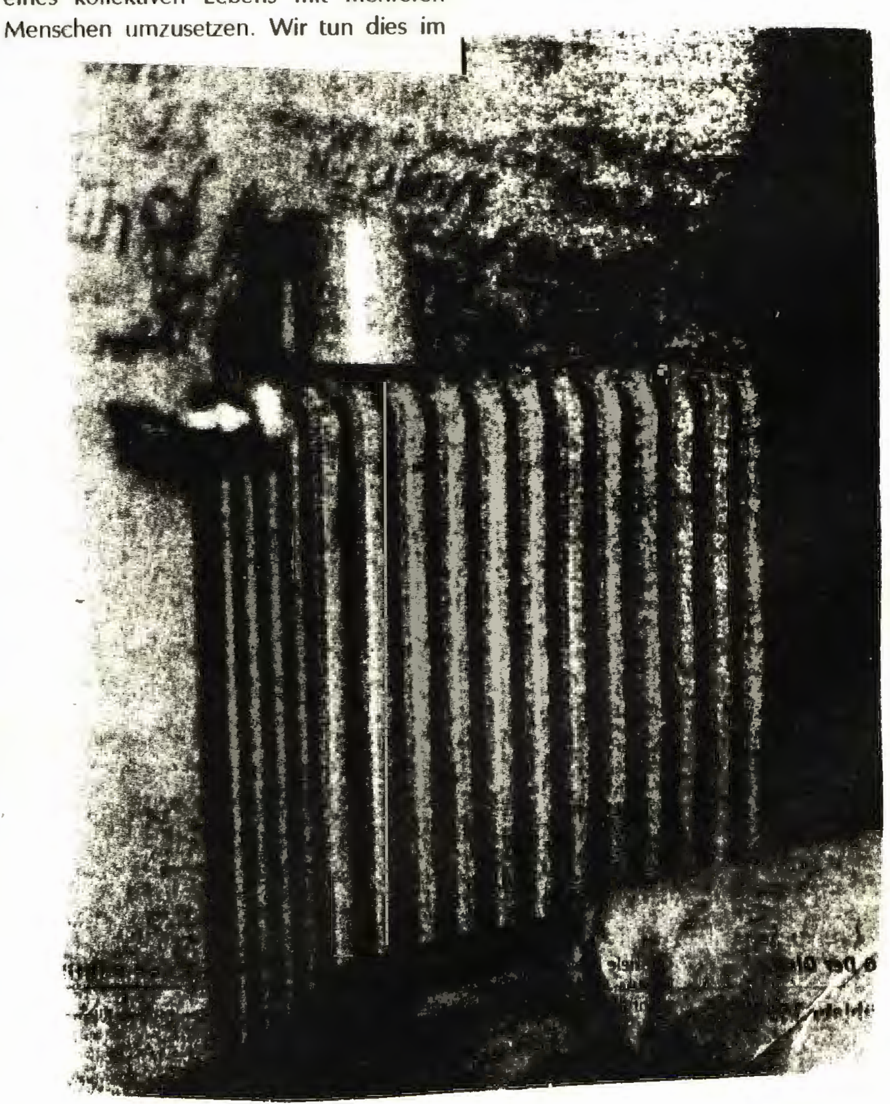
Inzwischen sind sechs Wochen vergangen. Bis jetzt ist es zu keinem weiteren Gespräch mit der STEB gekommen, es gibt allerdings eine Zusage für weiteren Kontakt mit der Garantie, solange nicht geräumt zu werden, wie es diese Gesprächsebene gibt.

Mitte Dezember gab es einen Versuch von UnterstützerInnen, die STEG nochmal dahingehend unter Druck zu setzen, nach einer praktischen Lösung für uns zu suchen. Dazu wurde das Stadtteilbüro besetzt und ein Gespräch mit dem Vorstandsmitglied Jorczek erzwungen. In bekannter Manier entzog sich dieser Mensch allerdings einer konstruktiven Auseinandersetzung. Damit unterstrich die STEG ein weiteres Mal ihren Wunsch nach einer polizeilichen Lösung.
Auch Bezirksamt und Bezirksverwaltung haben inzwischen erneut bekundet, uns auf "rechtsstaatlicher Grundlage" räumen zu wollen, das heißt nach Abschluß der Gerichtsverfahren aller Wagen. Dies gestaltet sich zur Zeit für sie allerdings etwas schwierig, da wir ein Verfahren wegen eines Formfehlers seitens des Bezirksamtes gewonnen haben.
Wenn sie sich an ihre Spielregeln halten, haben wir insofern wohl noch wieder bis zum Frühjahr Zeit gewonnen.

Wann auch immer sie uns räumen wollen - für uns ist klar, daß wir hier bleiben wollen. Es geht uns darum, den Versuch eines kollektiven Lebens mit mehreren Menschen umzusetzen. Wir tun dies im Bauwagen, weil dies zum einen eine der praktischen Möglichkeiten ist und zum anderen, weil das Leben im Bauwagen eigene Qualitäten mit sich bringt (z.B. Selbstorganisation in Zeiten akuter Wohnungsnot).
Dort wo wir stehen, setzen wir uns in Beziehung zu unserer näheren Umgebung. Wir fühlen uns hier wohl und sehen uns auch in einer bestimmten Funktion. Daher ist und bleibt das Karo-Viertel der Ort wo wir wohnen wollen.

Dafür werden wir weiter kämpfen!
No Pasaran
BAMBULE BLEIBT!!!
WEG MIT DEM BAUWAGENGESETZ!!!

die BewohnerInnen der Bauwagenburg Bambule



Im Folgenden drucken wir das lang erwartete Papier von El Rojito ab. Wenn es nicht so lang erwartet wäre, fänden wir wohl keinen Grund, einen solchen Text abzudrucken. Lang gewartet haben wir deshalb darauf, weil die El Rojito-Gruppe vor Monaten proklamiert hatte, die Auseinandersetzung mit einem Vergewaltiger in ihrer Gruppe zu führen. Dies ist nun das erste öffentliche Ergebnis ihrer "Auseinandersetzung": taktisch, formalistisch, enttäuschend, bezeichnend - kurz: echt armselig!

EL ROJITO INFORMIERT: UNSERE VERGEWALTIGERDISKUSSION

Seit dem Sommer gibt es bei uns eine Diskussion um die Vergewaltigung durch ein Mitglied aus unserer Gruppe. Wir haben dazu am 12. August eine erste Erklärung abgegeben, in der wir die weitere Informierung der Öffentlichkeit ankündigten. In der Zeck und anderswo hat es zu dem Thema und zu unserem Umgehen damit verschiedene Artikel gegeben.

Wir wollen mit diesem Papier endlich unsere internen Diskussionen und kotroversen Meinungen veröffentlichen.

Der Anfang

Mit der ersten Erklärung hatten wir folgenden Konsens:
- wir wollten gemeinsam Verantwortung für Männergewalt übernehmen
- wir wollten unser aller Männerverhalten erkennen + diskutieren
- wir wollten Männerstrukturen in unserer Gruppe erkennen + knacken
- diese Männerdiskussion sollte Schwerpunkt sein, was sich dann auch in 2-3 Plena pro Woche äußerte.
- Manuel sollte in der Gruppe bleiben.

Unklar war die weitere politische Zusammenarbeit mit Manuel.

Dieser Konsens hielt ca. 3 Wochen. In dieser Zeit haben wir Manuel zu der Tat befragt, und wir fanden nach einigen Schwierigkeiten einen Anfang für diesen Prozeß. Wir fingen an, konkretes Männerverhalten in der Gruppe zu thematisieren. Dies schien uns der geeignete Weg, um an das Thema Männergewalt heranzukommen und gleichzeitig eine Vertrauensbasis zu schaffen.

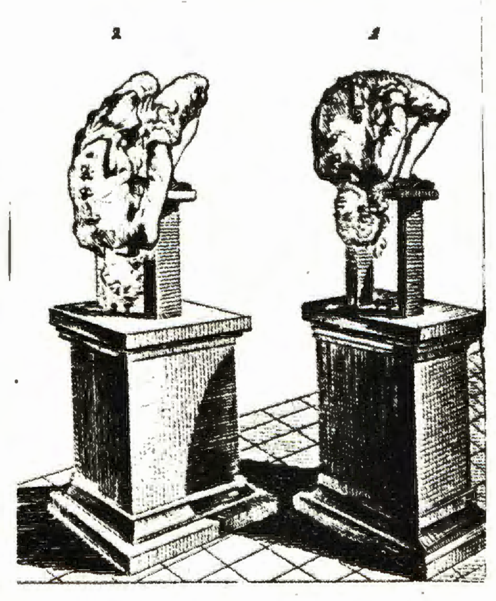
Stillstand

Mit dem Beginn der Forderungen, die an uns gestellt wurden, kam dieser Prozeß (wir redeten über unser Männerverhalten) ins Stocken:

1. Wir beschäftigten uns hauptsächlich mit den Forderungen und dem Druck von Außen.

2. Jetzt gab es auch Meinungsveränderungen in der Gruppe, die wir auszudiskutieren versuchten.

Durch diese Faktoren wurden die vorherigen Diskussionen blockiert. Letztendlich ist dies Ausdruck des Zustandes unserer Gruppe. Wir haben als Kaffeegruppe funktioniert und technisch zusammengearbeitet. Die gemeinsame inhaltliche und persönliche Ebene war jedoch sehr brüchig, das zeigte sich jetzt. Die Gruppe hatte dadurch keinen Konsens mehr, um einen gemeinsamen Weg zu gehen.



Die aktuelle Situation der Gruppe

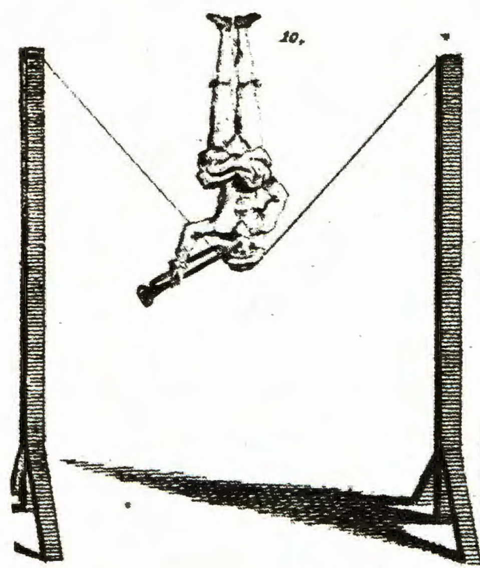
- Manuel ist im Oktober aus der Gruppe ausgetreten
- die Vertrauensverhältnisse in der Gruppe sind gestört bzw. zerstört
- die Art und Weise in der wir bisher zusammengearbeitet haben wird als ungenügend empfunden
- es hat persönliche Verletzungen gegeben
- es ist völlig unklar wie die weitere Zusammenarbeit aussehen kann
- die Erwartungen die wir an die Gruppe haben, erscheinen/sind sehr unterschiedlich
- es besteht ein schlechtes Arbeitsklima
- die Gruppe ist politisch handlungsunfähig
- eine Gruppenidentität fehlt.
- vor kurzem ist ein weiteres Mitglied aus der Gruppe ausgetreten

Wie wir aus diesem Zustand herauskommen können, ist uns unklar. Wir machen zur Zeit nur eine stark eingeschränkte Öffentlichkeitsarbeit (keine Infos, keine Veranstaltungen).

Zur Diskussion über Männerverhalten/ -gewalt

Bisher haben wir uns einzeln und als Gruppe mit anderen (z.T. Gruppen) getroffen und versucht, unseren "Prozeß" und unsere Schwierigkeiten darzustellen. Alle wollen die weitere Auseinandersetzung mit anderen führen, obwohl unklar ist wie es weitergeht.

Im folgenden wollen wir kurz die Punkte skizzieren, an denen wir, meist kontrovers, diskutiert und gestritten haben. Kurz zum Zustandekommen dieser recht willkürlichen Sammlung. Eine zeitlang sah es so aus, als wenn dieser Prozeß die Gruppe insgesamt sprengt. Diese Gefahr besteht noch immer. Wir haben, eine Liste von Begriffen und Fragen aufgestellt, an denen wir z.T. extreme Meinungsunterschiede haben. Die folgende Auflistung soll deutlich machen, warum wir in der Sackgasse sind. Diese Aufstellung ist willkürlich und ungeordnet. Deshalb gibt es oft Überschneidungen bzw. Verweise auf andere Absätze. Viele Sachen haben wir nicht ausdiskutiert, da wir durch unsere internen Meinungsunterschiede gefesselt waren. Wir haben versucht, die ganze Bandbreite der Meinungen unserer Gruppe darzustellen, oft aber nur die Extremmeinungen gegenübergestellt. An diesem Prozeß war auch Gerd beteiligt, der die Gruppe kurz vor dem Ende der Arbeit an diesem Papier verlassen hat. Für einige von uns ein unverständlicher Zeitpunkt. Wir versuchen seine Meinung, die oft ein Extrempunkt war, mit darzustellen. Hoffentlich ist uns das halbwegs gelungen. Ohne die Darstellung seiner Position bliebe es wahrscheinlich unverständlich,



warum der Gruppenprozeß so blockiert war/ist.

Sollen Vergewaltiger aus politischen Gruppen ausgeschlossen werden?

- Das ist die Vorraussetzung für jeden weiteren Prozeß. Die Tat stellt auch die politische Glaubwürdigkeit des Täters in Frage. Es galt ein klares Zeichen nach Außen zu setzen. Die Erfahrung mit anderen Fällen hatte gezeigt, daß ein Drinlassen Täterschutz (s.u.) bedeutet.
- es kann hierbei kein starres Schema geben, sondern es geht um die konkrete Auseinandersetzung. Die differenzierende Betrachtung, in der es keine vorrausgesetzte Klarheit, kein Dogma gibt, ermöglicht auch das Einlassen auf das eigene Verhalten.

Diese Positionen haben sich im Laufe des Prozesses öfters geändert.

Sollte die Auseinandersetzung innerhalb el rojitos oder in einer neu zu gründenden Männergruppe (eventuell in der selben Zusammensetzung) stattfinden?

- Keine Trennung mit der anderen politischen Arbeit zu machen, bedeutet auch eine Relativierung der Tat. Deswegen hätte die Diskussion in einer eigenen Männergruppe stattfinden müssen.
- der Druck von Außen wirkt auf uns alle. Damit el rojito seine politische Arbeit und den Handel fortsetzen kann, muß el rojito sich von Manuel trennen. Die Männerdiskussion hätte außerhalb und abgetrennt vom politischen und betrieblichen Alltag stattfinden müssen.
- Die Trennung in 2 Gruppen wäre eine rein formale gewesen. Der einzige Unterschied, der zwischen den beiden Varianten geblieben wäre, wäre die deutliche Distanzierung zu der Person Manuel gewesen. Das hätte eine Voraussetzung (s.u. Vertrauen) für den weiteren Prozeß zerstört. Also: die politische Auseinandersetzung um Männerverhalten und Patriarchat in der politischen Gruppe el rojito.

Wie sehen wir die Rolle von Manuel in der erwünschten Auseinandersetzung?

- es sollte eine Diskussion um Männerverhalten als Ganzes geführt werden, in der Manuel eine besondere Rolle eingenommen hätte. Manuel hat vergewaltigt, der Rest der Gruppe nicht. Es wäre wichtig gewesen, diesen Unterschied zu betonen: abgetrennt von el rojito setzt sich die Gruppe mit Manuel auseinander.
- es sollte eine Diskussion um Männerverhalten als Ganzes geführt werden, in der alle die gleiche Rolle einnehmen: Männer, die sich alle sicher sein können, Männerverhalten nicht abgelegt zu haben.
- als Ergänzung zur zweiten Position: einige erwarten von Manuel mehr Eigeninitiative als von den anderen.

Bewertung von Manuels Austritt

- positiv, wenn er sich mit der noch zu gründenden Männergruppe trifft.
- negativ, da die Handlungsunfähigkeit der Gruppe einen Menschen isolierte.
- Der Austritt wird als Druck empfunden, weil er die Situation in der Gruppe verschärft hat.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen über das notwendige Vertrauensverhältnis für einen Prozeß über Männerverhalten und Vergewaltigung mit Manuel.

- Wir sind uns darüber einig, daß Vertrauen notwendig ist. Uneinigkeit herrscht darüber, ob und inwiefern dieses Vertrauen erschwert bzw unmöglich gemacht wird durch Verhaltensweisen der Gruppe, wie z.B. Nennung des Namens in der Öffentlichkeit, Ausschluß aus der Gruppe El Rojito, Information von Manuels Bekannten hinter seinem Rücken.

Zu dieser Frage hier die Extrempositionen, es gibt dazu auch Zwischenpositionen:

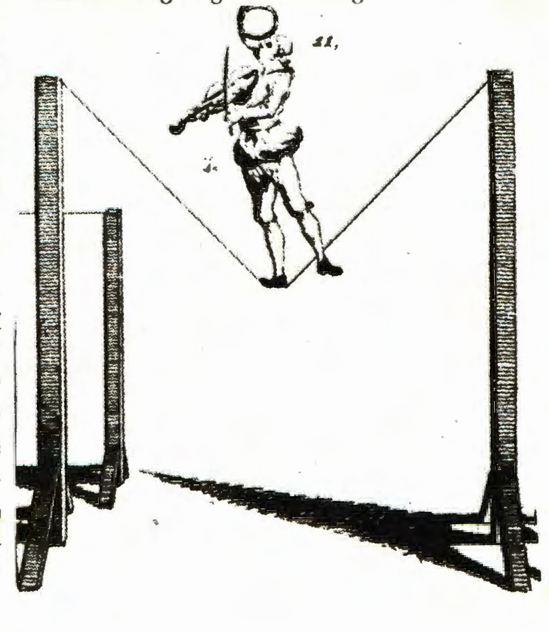
- A: Auch wenn wir im Umgang mit M. Zeichen nach Außen setzen -gefordert ist hier vor allem die öffentliche Nennung des Namens und der Ausschluß aus der politischem Gruppe el rojito- ist trotzdem ein Prozeß möglich. Die Möglichkeit Vertrauen aufzubauen wird durch solches Verhalten der Gruppe nicht beeinträchtigt.
- B: Die hier genannten Verhaltensweisen haben Auswirkungen auf die Möglichkeit, Vertrauen mit M. aufzubauen. D.h. wir sollten seinen Namen nicht nennen, ihn nicht ausschließen usw. Die berechtigte Kritik, die dieses Verhalten der Gruppe hervorrufen wird, müssen wir inhaltlich beantworten und teilweise auch aushalten. Unser Interesse mit M. umzugehen verträgt sich nicht unbedingt mit Forderungen von Außen.

Anmerkung/Ergänzung: In der augenblicklichen Situation scheint es einigen fraglich, ob wir überhaupt noch eine Basis (Vertrauen) in der Gruppe haben, um den Pozeß über Männerverhalten etc unter uns (ohne M.) zu führen. In den langen Diskussionen der letzten Wochen ist einiges Vertrauen zerstört worden. Vielleicht müßten wir tatsächlich in Bezug auf Manuel davon ausgehen, daß ein Prozeß mit ihm nur in einer kleineren Gruppe möglich ist.

Therapie

Nach der ersten Auseinandersetzungsphase haben wir erkannt, daß wir zu einer Therapie in dieser Gruppe nicht in der Lage sind. Dies kann nur die Aufgabe einer professionellen Therapie sein. Nur in diesem Rahmen kann auf die der Tat zugrundeliegenden Handlungs- und Denkschemata, sowie die Gefühle, eingegangen werden. Jegliche Therapie setzt allerdings die Freiwilligkeit voraus. Einige von uns wollten, daß wir ihm als Gruppe eine Therapie nahelegen; das wurde von den anderen abgelehnt.

Unsere Gruppe, ein Teil davon oder eine neue Gruppe, kann trotzdem eine wichtige Rolle übernehmen: Und zwar als Männer- und Selbsterfahrungsgruppe. Ziel dabei wäre, daß wir alle über unser "Mannsein" reden, Verhaltensweisen überprüfen, Fehler eingestehen. M. würde dabei ersteinmal keine besondere Rolle haben. Zu hoffen ist allerdings, daß das Klima und das Vertrauen dazu beitragen kann, daß er sich detaillierter mit Ursachen etc. beschäftigt. Für diesen Gruppenprozeß ist allerdings ein Einverständnis aller nötig und ein Maß an Vertrauen, über das es unterschiedliche Auffassungen gibt. Den von anderen angeregten Gedanken, nur mit einem Teil unserer Gruppe diesen Prozeß zu versuchen, haben wir bisher nicht genug berücksichtigt.



Manuels Namen öffentlich nennen

- Am Anfang gab es in dieser Frage den Konsens, seinen Namen nicht in einem Papier öffentlich zu nennen, sondern dies nur im Gespräch zu tun. Damit wollten wir verhindern, daß er sich nicht mehr in HH bewegen kann und ihn vor Staatsgewalt schützen. In einer späteren Phase, als sein Name längst bekannt war, hat es einige Meinungsänderungen unter uns gegeben, d.h. einge Männer finden es besser, wenn wir seinen Namen doch genannt hätten. Vor allem sollte damit bezweckt werden, daß sich Frauen besser zum Täter verhalten können. Diese Meinungsänderungen kamen auch durch private und öffentliche Diskussionen/Stellungnahmen zustande.

Täterschutz

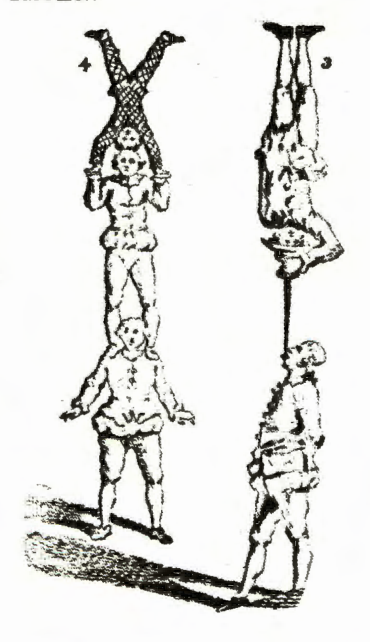
Insgesamt gibt es zu diesem Begriff keine Begriffsklärung in der Gruppe. D.h. der Begriff ist nicht definiert worden. Insofern wird mit diesem Begriff individuell umgegangen, und er wird individuell benutzt. Er ist aber negativ besetzt. Viele haben ihn als Reizwort empfunden, der Diskussionen und Prozesse blockiert, weil dieser Begriff (solange er nicht genau ausdiskutiert ist) Ängste produziert.
Wir wollen Manuel nicht aus der öffentlichen Kritik nehmen und dadurch Täterschutz betreiben. Klar ist auch, daß eine Verharmlosung der Tat Täterschutz bedeutet hätte. Bewußt sind wir uns darüber, daß der Versuch eines Teiles der Gruppe, sich mit dem Täter auf eine Stufe zu stellen (siehe bei Rolle von Manuel), die Gefahr der Verharmlosung beinhaltet.

Im folgenden reißen wir kurz an, wann dieser Begriff eine Rolle gespielt hat.
Als Täterschutz wurde interpretiert, daß:
- wir den Namen nicht genannt haben (s. dort).
- in der Gruppe Kritik an Manuel abgewürgt/nicht zugelassen wurde (wird von einigen so empfunden, andere bestreiten das).
- wir ihn nicht bestrafen wollten, z.B. durch Ausschluß aus der Gruppe.

Einige von uns haben die Einschätzung, daß unter Umständen das Verhalten der Gruppe als Täterschutz verstanden werden kann. Dies betrifft z.B. einen (hypothetischen) intensiven Gruppenprozeß zum Thema Männerverhalten mit ihm (siehe bei Vertrauensverhältnis).

Einmal Vergewaltiger - immer Vergewaltiger

Diese Position die ja hinter der Forderung nach Stigmatisierung von Vergewaltigern steht, spielte beim Bestimmen eines neuen Verhältnisses zu Manuel nach Bekanntwerden der Tat eine unterschiedlich große Rolle.
- Weil das so ist, hat ein zeitlich nicht bestimmter, Vertrauensentzug zu folgen. Frauen müssen vor ihm gewarnt werden und sein Verhalten muß auf Veränderungen kontrolliert werden.
- der Umgang mit Vergewaltigern bestimmt sich an deren Einsicht in die Schwere der Tat und deren Bereitschaft sich mit ihrem Fehlverhalten auseinanderzusetzen.



Verhalten gegenüber folgenden Forderungen von Frauen die an uns herangetragen wurden.

- Manuel nicht begegnen zu müßen (keine Veranstaltungen mit ihm etc., Ausschluß keine Bedingung)
- Ausschluß von Manuel aus der Gruppe bzw. kein Kontakt mehr zu ei rojito solange er noch "drin" ist
- Manuel mit Rücksicht und als Reaktion auf die Forderungen rauswerfen um damit ein Zeichen an die Szene zu Setzen daß Vergewaltiger geächtet werden.
- Die Forderungen nach Ächtung ablehnen zugunsten des Findens einer eigenen Position in der Gruppe und mit Manuels mit der Vergewaltigung. Forderungen, die organisatorisch lösbar sind, sollen erfüllt werden.
- Manuelfreier Tag
- keine öffentlichen Auftritte von M.
- Den Forderungen nachkommen um die eigene politische Arbeit innerhalb der Szene möglichst bald wieder aufnehmen zu können.

Es gab jedoch auch die Anforderung, Manuel nicht aus der Gruppe auszuschließen und den Prozeß mit ihm in der Gruppe zu führen.

Definition von Vergewaltigung

Es kam oft der Wunsch in der Gruppe auf, sich mit dem, was die Einzelnen unter Vergewaltigung verstehen, auseinanderzusetzen. Dies ist leider nie geschehen. Einzelne Positionen standen aber immer in unseren Diskussionen:
Eine Frau bestimmt, was eine Vergewaltigung ist.
Männer müssen sich selber klar werden, was sie unter Vergewaltigung verstehen. Nur so können sie ein Bewußtsein dafür bekommen. Wenn wir uns darauf eingelassen hätten, wäre eine andere Ebene der Auseinandersetzung möglich gewesen.
Wichtig ist es, sich der gesellschaftlichen Dimension von Vergewaltigung bewußt zu werden.
(Diese Dimension fehlt(e) in unserer Auseinandersetzung.)

Nein heißt Nein! Nicht ja heißt nein!

Wichtig ist ein weit gefasster Vergewaltigungsbegriff. Dies bedeutet aber, daß es keinen einheitlichen Umgang mit Vergewaltigern geben kann, sondern daß man sich auch über einen unterschiedlichen Umgang mit Vergewaltigern Gedanken machen muß.

Potentieller Vergewaltiger

Sind alle Männer potentielle Vergewaltiger?

a: Ja, weil:
- Männer die physische Fähigkeit haben, zu vergewaltigen und deshalb eine potenzielle Bedrohung darstellen.
- Männer patriarchalisch, sexistisch, emotional blockiert und gewalttätig sind.
- Frauen nicht unterscheiden können, ob ein Mann eine konkrete Bedrohung für sie darstellt.
- wir in einer patriarchalen Gesellschaft leben, in der Männer eine Macht über Frauen übertragen bekommen haben (für sie teilweise unbewußt).

b: Nein, weil:
Männer gelernt haben können,
- Frauen-Wünsche zu respektieren.
- Ängste von Frauen zu erkennen.
- ihren Sexualtrieb zu kontrollieren.
- aufzuhören, wenn Frau dies wünscht.
- Männer keine Frauen-Argumentationen übernehmen sollten, sondern: - eigene Positionen entwickeln .

Wir wollen eine Auseinandersetzung mit den patriarchalen Strukturen bei uns, in unserer Gruppe und in unserer Gesellschaft führen: (Die wollten wir schon, bevor wir davon erfuhren, daß Manuel eine Frau vergewaltigt hat.)

Die Frage ist, wie ein Einstieg in die Auseinandersetzung gefunden werden kann?

Die folgenden Einstiegsmöglichkeiten stehen sich gegenüber. Wir haben uns durch Diskussionen wie diese um verschiedene Verfahrensweiesen dermaßen blockiert, daß es zu einer Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Inhalt erst gar nicht kam. in diesem Prozeß kam es zu einer Verhärtung der Positionen, die sich vielleicht gar nicht so sehr gegenüber stehen. (a in b, b in a)

a:

- Durch die Arbeit an Texten: Wir lesen Texte und diskutieren darüber.
- So kommen wir zu einem bewußteren/kritischerem Verhalten als Männer .
- So bauen wir uns eine Vertrauensbasis untereinander auf, um an uns und über uns zu diskutieren.
- Position b droht, in das Individualpsychologische abzuschweifen.

b:

- Wir führen die Auseinandersetzung vertrauensvoll und persönlich, da nur eine solche Auseinandersetzung auch wirklich etwas (bei uns) bewegen kann. Das bedeutet, daß wir darüber reden müssen,

a:

- Ich kann mich nicht mit meiner Rolle auseinandersetzen, bevor ich nicht die Herrschaftsstrukturen dieser Gesellschaft analysiert habe. Dazu sollte mit Texten begonnen werden.

b:

- Wir befinden uns mitten in der Auseinandersetzung. In dieser soll die Struktur der Herrschaftsstrukturen deutlich werden. Dabei müssen wir an unserer Situation arbeiten. Wenn wir an Texten arbeiten, ist dies eine Flucht vor dieser Auseinandersetzung.

Bewertung des bisherigen Prozesses:

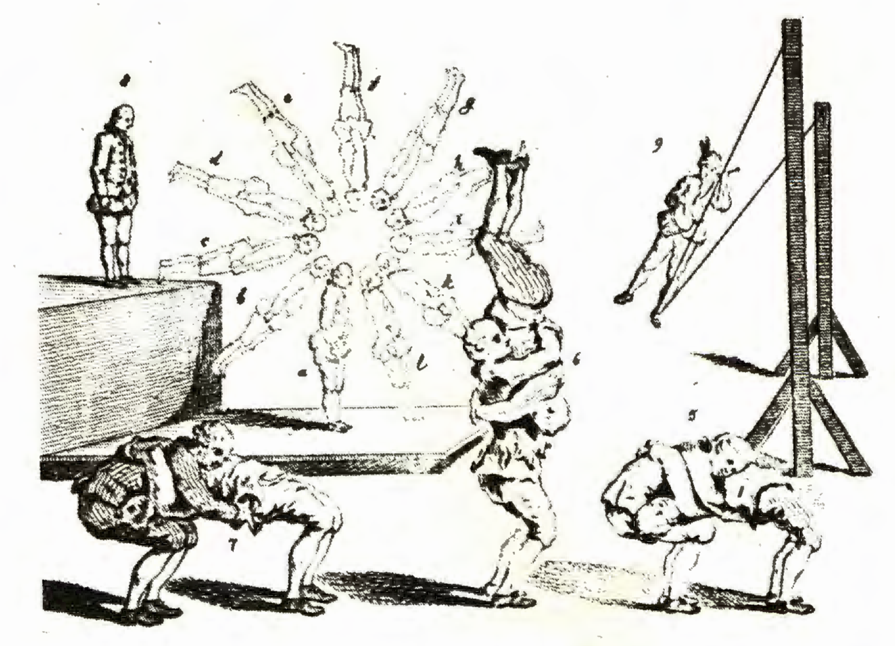
Die Gruppe ist an der Auseinandersetzung um Manuel gescheitert.

a:

- Manuel ist zu einer solchen Auseinandersetzung nicht bereit.

b:

- Die Gruppe war nicht in der Lage, eine Basis zu finden, die als Grundlage für eine Auseinandersetzung mit Manuel hätte dienen können.
- Es gab zu viele/zu unterschiedliche Positionen



- Es gab kein Vertrauen in der Gruppe. Dies wäre aber für einen solchen Prozeß notwendig gewesen.

***

Es war ein Fehler, daß wir nicht regelmäßig über den Prozeß bei uns informiert haben. So trugen wir mit dazu bei, daß Gerüchte und Mißverständnisse entstanden. Es war in dieser Situation, in der die Gruppe mit der inneren Auseinandersetzung überfordert war, zu schwierig, den Abstand zu gewinnen, um zu sagen, wir machen jetzt genau das öffentlich, was zu diesem Zeitpunkt bei uns passiert ist. Stattdessen haben wir seit fast zwei Monaten versucht, eine gemeinsame Erklärung über den Stand bei uns zu verfassen. Es dauerte aber bis Anfang November, bevor wir uns entschlossen, ein Papier mit all den Meinungsverschiedenheiten zu veröffentlichen, die es bei uns gibt, da es unmöglich war, bei allen Punkten zu gemeinsamen Positionen zu gelangen.

Bewertung des Drucks von außen:

Worin bestand der auf uns ausgeübte Druck?

- Stellungnahmen/Forderungen in der Zeck.
- Forderung, Veranstaltung zu verlassen.
- Koop-Auseinandersetzung.
- Aufkündigung der Zusammenarbeit von ADELANTE.
- Aufkündigung der Zusammenarbeit von RechtsanwältInnen.

Wie haben wir uns zu dem Druck verhalten?

- teilweise haben wir uns einfach nicht verhalten.
- wir haben keine Veranstaltungen mehr gemacht und auch sonst unsere Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Infos) eingeschränkt, obwohl dies in der Gruppe umstritten ist.
- wir erledigen nur noch die notwendigste Arbeit.

Wie standen wir dem Druck gegenüber?

a:

- Die ständigen Diskussionen über den Druck von außen haben uns häufig am Weiterkommen gehindert.

Überwiegend haben wir uns schon im vorhinein mit vermeintlichen Reaktionen (Druck) beschäftigt und uns so blockiert .

b:

- Der Druck von außen ist gut, da er uns zu einer ernsthaften Auseinandersetzung zwingt und auch dafür sorgt, daß wir diese Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit führen.

Hamburg, den 13.12.1994. el rojito



Anmerkung der Redaktion

Mit ihrem Text drücken sich die Männer von El Rojito davor klare Positionen zu beziehen, indem sie die vermeintliche Bandbreite der Positionen innerhalb ihrer Gruppe darstellen. Beachtet mensch aber, daß der Mann mit der Extremposition in die eine Richtung ausgetereten ist, bleibt unter`m Strich nur die andere Position übrig, die sich darauf beschränkt, über den "blockierenden Druck von außen" zu jammern und somit die Gruppe und Manuel als Opfer darzustellen.

Um sich unangreifbar zu machen und Kritik von außen präventiv abzuschmettern, wird die Position des Ex-Gruppenmitgliedes Gerd in das Papier mitübernommen, aber gleichzeitig als "den Gruppenprozeß blockierend" denunziert. Die offenbar unüberbrückbaren Gegensätze der verschiedenen Positionen werden solange ausgesessen, bis ("unverständlicherweise") einzelne der Gruppe für sich nur noch die Möglichkeit sehen zu gehen. Der vom Rest der Gruppe bejammerte Druck von außen ist ein Beziehen klarer Position, eine eigenständige Meinungsbildung inclusive konkreter Konsequenzen; also genau das, was El Rijito nicht zustande bringt.

Bezeichnend ist außerdem, daß eine Hauptsorge der Autoren das gestörte Vertrauen Manuels ihnen gegenüber ist, kein Wort jedoch darüber zu lesen ist, wie es mit ihrem Vertrauen Manuel gegenüber aussieht. Der Täter wird auch hier wieder einmal zum Opfer gemacht!

Manuel "keine besondere Rolle" in einer möglichen Männer- und Selbsterfahrungsgruppe zum Thema >Mannsein< zuzuschreiben, bedeutet eine Verharmlosung seiner Tat und damit Täterschutz. Selbstverständlich ist es notwendig, daß Männer sich über ihr patriarchales Verhalten bewußt werden und auseinandersetzen, aber Vergewaltigung ist die ausgeprägteste Form von Männergewalt und kann nicht subsumiert werden unter "Alle Männer sind Macker" und darf ebenso nicht versanden in allgemeinen Gesprächen über "Mannsein-An-und-Für-Sich", in denen diesem Thema keine besondere Rolle zugewiesen wird. Um u.a. diese besondere Rolle, die Dimension von Vergewaltiung also, aufzuzeigen, wurde die Forderung nach Manuels Ausschluß aus Gruppen aufgestellt, und nicht - wie El Rojito schreibt - als Ausdruck der Position "Einmal Vergewaltiger - Immer Vergewaltiger".

In dem gesamten Papier geht die Auseinandersetzung mit (eigenem) sexistischen Verhalten lediglich von der subjektiven (männlichen) Wahrnehmung aus, deswegen wird Frauen auch die Wahrnehmung von Männern als potentielle Vergewaltiger abgesprochen, weil Männer ja "ihren Sexualtrieb kontrollieren können" (kalt duschen).

Das eigentliche Ziel El Rojitos ist ganz offensichtlich, ihre Gruppe zusammenzuhalten, deshalb sind ihre Beteuerungen, sich mit sexistischem Männerverhalten auseinanderzusetzen, äußerst unglaubwürdig.

NIX GESCHNALLT, "GENOSSEN"

Die ZECK Redaktion



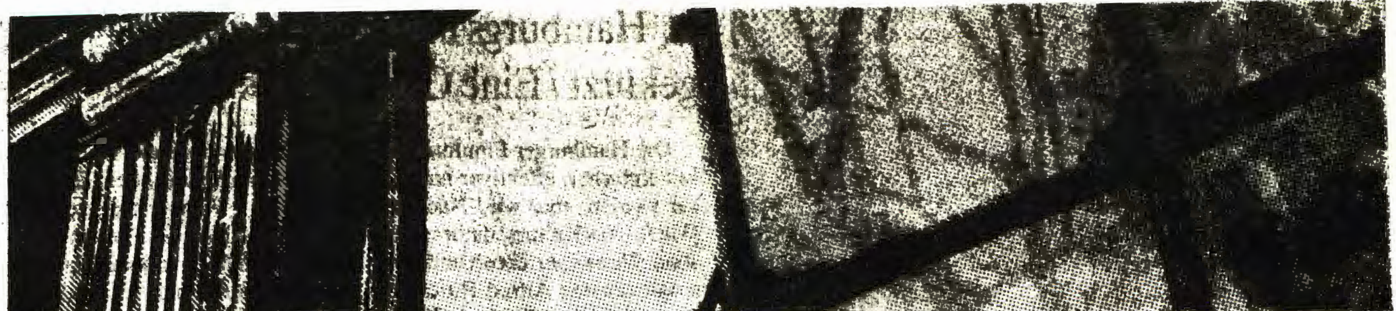
Sexuelle Gewalt und Vergewaltigung

Interview zur Kampagne gegen sexuelle Gewalt und Vergewaltiger in der Linken im Dezember 1994 mit einer Feministin aus Giessen

seit inzwischen ca. eineinhalb jahren gibt es in mrnehreren städten gleichzeitig eine verstärkte kampagne gegen sexisten und vergewaltiger innerhalb der gemischtgeschlechtlichen linken. gewisse ähnlichkeiten der auseinandersetzungen in den verschiedenen städten sind nicht zu übersehen. dazu möchten wir heute ein interview mit einer der aktivistinnen machen, die diese kampagne innerhalb der frauen- und lesbenbewegung mitgetragen hat, um mehr über die dynamik des feministischen kampfes zu erfahren. wir denken, daß diese überlegungen auch für frauenlesben (bedingt auch für profeministisch eingestellte männer) in anderen städten von nutzen sein können.

kannst du uns zuerst kurz über die geschichte der feministischen bewegung in gießen erzählen, um den hintergrund eures kampfes, eurer stärke zu verdeutlichen?

wie auch in vielen anderen städten gibt es seit den siebziger jahren in gießen eine frauenlesbenbewegung. viele jahre hatten wir auch ein frauenlesbenzentrum, von dem viele unterschiedliche aktivitäten ausgingen. nach verschiedenen rausschmissen hatten wir in den 80er jahren ein besetztes zentrum, das nach langem kampf schließlich doch geräumt und zerstört wurde und seitdem leer steht. darin gab es über viele jahre kontinuierliche gruppen, aber es gab auch kontinuierlich seit ca.83/84 revolutionäre feministinnen, die ihre inhalte in veranstaltungen und aktionen ausdrückten, zum beispiel im internationalistischen bereich durch unterstützung und beziehungen zu revolutionären frauenkämpfen in aller welt. aber auch die einmischung in regionale probleme brachte im laufe der jahre die frauenlesbenbewegung ins öffentliche bewußtsein innerhalb der stadt. feministinnen hatten und haben meistens die einzig moralisch integre fortschrittliche position in der stadt... der zweite für die kampagne wichtige punkt ist, daß zumindest ein teil der frauenlesbenbewegung schon vor zehn jahren die konsequenz aus dem nichtverhalten gegenüber vergewaltigern in der scene gezogen hat. der aufbau



gießen haben sich vor allem die männer sehr von der klaren feministischen position bedroht gefühlt und öffentlich schriftlich die verteidigung des patriarchats und ihres eigenen verhaltens propagiert. sie haben sich persönlich durch die scharfe kritk auf ihre schwänze und privilegien getreten gefühlt. der benannte vergewaltiger hat öffentlich den zeitungsleuten gewalt angedroht. überall haben frauen und männer über diese vorfälle geredet, einfach diskutieren müssen. der unterschied zu anderen städten ist allerdings, daß es hier eine relativ starke und kontinuierliche frauenlesbenbewegung gibt und wir uns vieles nicht mehr so bieten lassen müssen. der infoladen war gezwungen, dem vergewaltiger hausverbot zu erteilen. viele frauen und männer haben (gezwungenermaßen) ihre soziale unterstützung von vergewaltigern in frage stellen müssen bzw. überhaupt ersteinmal wieder verteidigen müssen. in vielen privaten linken beziehungen hat es gekracht, frauen haben auftrieb bekommen. das ist eine sehr bemerkenswerte und positive tendenz, da wir schon seit längerem immer reaktionärere entwicklungen im privatleben der heterosexuellen und immer schwächer werdenden linken scene beobachten konnten, die bekanntlich auf kosten der frauen gehen. wie schon gesagt denken wir, daß nur eine kollektive starke frauenlesbenbewegung im "hintergrund" die bedingungen für frauen in der auseinandersetzung im geschlechterkrieg zum beispiel innerhalb einer sogenannten privaten beziehung verbessern kann. ein entscheidendes problem ist doch die allgemeine hoffnungslosigkeit. wenn frauen keinerlei hoffnung auf eine veränderung der verhältnisse haben, fällt ihnen das kämpfen viel schwerer und oft wehren sie sich gar nicht mehr. also versuchen wir mit unseren aktionen aufzuzeigen, daß die rebellion sich lohnt, daß es möglich ist, gegen vergewaltiger und all diese täterschützer, gegen die ganze gesellschaft aufzustehen. wir zeigen, daß solidarität und gemeinschaftliches verhalten, vertrauen untereinander möglich ist. und sich auch lohnt. wir können nicht alles auf einmal verändern, aber wir können reale schritte machen.

dieser krach durch die scene war auch in der 'unzensiert', der linken giessener stadtzeitung zu verfolgen. was war die genaue ursache für diese eskalation?

nachdem die männer nur reaktionäres zeug öffentlich von sich gegeben haben, sind wir nochmals politisch offensiv geworden, um den konflikt weiter zu eskalieren, damit es auch zu politischen konsequenzen und nicht nur geschwätz kommt. wir haben wiederum sehr direkt und kritisch radikal kritisiert und angegriffen, wie die gießener scene sich windet. alles andere hätte nur zu einer allgemeinen laberei geführt. dementsprechen haben frauen in der gemischten linken in ihren gruppen eine wesentlich stärkere position radikalen linken. wir versuchen, uns nicht nur mit dem rücken zur wand zu verteidigen, sondern wieder perspektivisch eine größere stärkere feministische bewegung aufzubauen. wir stellen kriterien auch für den alltäglichen umgang auf und versuchen davon ausgehend die reorganisation und politisierung der frauenlesbenbewegung, das aufbrechen der völligen individualisierung, damit frauenlesben irgendwann mal wieder von wir reden und sich wieder für die wiedererlangung einer kollektiven würde von frauen weltweit einsetzen. das werden frauen aber nicht machen, wenn sie sich nicht einmal selber wert genug sind, um sich gegen die gegen sie selbst ausgeübte sexistische gewalt zu verteidigen. so werden gerade weiße frauen sich auch nicht solidarisch mit ihren schwestern aus und im trikont verhalten. ohne eine gemeinsame strategie werden wir uns aber nicht gegen das imperialistische patriarchat durchsetzen können. im gegensatz zu reformistischen feministinnen beharren wir auf einer befreiungsperspektive für alle frauen und lesben weltweit, d.h. gegen imperialismus, gegen den deutschen imperialismus.

nochmal zurück zu der konkreten situation in gießen, was ist denn nach der veröffentlichung der interviews später noch passiert?

in dieser zeit haben sich unterschiedliche feministinnen zu wort gemeldet und ziemlich herzerfrischende artikel, stellungnahmen, briefe veröffentlicht. aber zwei männer haben sich auch als täterschützer geoutet. bisher hat es noch keine direkte bestrafung gegeben, aber es ist doch gut, wenn die verhältnisse aus der tabuzone rausgeholt werden können. sexuelle gewalt funktioniert in der patriarchalen gesellschaft vor allem wegen dieser aufteilung in ein sogenanntes privates und öffentliches leben. das müssen wir überall durchbrechen und gleichzeitig bessere strukturen unter frauen schaffen, damit sie - wir uns kollektiv wehren. in gießen gehen die auseinandersetzungen auf der sozialen ebene weiter, zum beispiel ist es jetzt in der scene nicht mehr so einfach, vergewaltiger auf feste einzuladen, viel mehr frauenlesben wagen es jetzt, gegen die unterstützung von sexisten aufzustehen. viele frauenlesben haben sich auch ganz persönlich entwickeln und stärken können. langfristig hat das nur positive auswirkungen auf die feministische bewegung hier. in der stadtzeitung 'unzensiert' werden viele artikel mit profeministischem inhalt unzensiert veröffentlicht. dafür wird die zeitung auch gehaßt und es wird versucht, den verkauf zu erschweren. schließlich gibt es viele und mutige reaktionen gegen sexisten sowohl noch im zusammenhang mit der verteidigung bekannter vergewaltiger als auch bei neuen sexistischen angriffen in anderen sozialen und politischen zusammenhängen in der stadt. auch die später gemachten interviews von hamburger feministinnen zu ihren erfahrungen mit linken männern sind hier veröffentlicht worden und wirken auf das sogenannte privatleben weiter. ein anderer punkt ist, daß feministische positionen auch zu anderen themen wie vergewaltigung immer wieder diskussion auslösen und orientierung sind. es ist ein langer mühsamer weg, aber wir bewegen uns und wagen weiterhin, revolutionäre utopien zu entwickeln, auch wenn das in der linken und in weiten teilen der frauenlesbenscene als schnee von gestern angesehen wird.

was habt ihr die nächste zeit vor?

naja, erstens verraten wir nicht alles vorher, aber tabus brechen, die realität so benennen, wie sie ist und eskalation haben



einer eigenständigen bewegung hatte oberste priorität, d.h. innerhalb der bewegung wurde vor allem auf die eigene kraft vertraut, ohne sich ewig und kräftezehrend an der gemischten bewegung abzuarbeiten.

was war denn nun der konkrete anlaß für eure konfrontation in gießen?

wie schon gesagt vertraut die feministische bewegung zuerst einmal auf die eigene kraft. d.h. aber auf dauer auch immer wieder, eine unabhängige position zu formulieren, egal ob das andere, zum beispiel linke männer (auch frauen) interessiert oder nicht. im frühjahr 93, ich glaube ende april, war eine veranstaltung mit zwei linken palästinensern zur aktuellen situation in ihrem land. sie haben dabei die feministische palästinensische organisation übel diffamiert und keinerlei verantwortung für ihre rolle als linke für das gesellschaftliche rollback gegenüber den palästinensischen frauen zur zeit des aufstands, der intifada, übernommen. außerdem bekräftigten sie die zusammenarbeit mit den fundamentalisten, was ein grund für die schlechte situation für frauen in palästina ist. dafür sind sie heftig von deutschen und arabischen feministinnen angegriffen worden... ein sogenannt linker mann hat dazu einen sehr liberalen bericht geschrieben, in dem diese konfrontation als eben nur eine intersessante diskussion dargestellt wurde. so hat er versucht, die konfrontation für eine sogenannte linke angeblich antipatriarchale debatte zu vereinnahmen, das heißt, ihr eben die schärfe, den angriff, die konfrontation abzusprechen. so richtig demokratisch, wir leben hier ja schließlich auch in einer demokratie, wo über alles diskutiert werden kann. die bundesjustizministerin bezeichnet sich im fernsehen schließlich auch als feministin!

danach gab es eine 'gegendarstellung' aus feministischer sicht zu der veranstaltung. in einem halbsatz haben wir erwähnt, daß ein dort anwesender (palästina-solidarischer) deutscher mann, ein bekannter vergewaltiger ist. obwohl das bekannt ist, ist es immer wieder notwendig, das zu erwähnen. die an der veranstaltung anwesenden männer (der deutsche verfasser des veranstaltungsberichts, die anderen deutschen männer und die anwesenden palästinensischen/arabischen männer) hatten sich auf der veranstaltung lautstark damit profilieren wollen, daß sie sich mit den podiumsmännern über die tatsache der vergewaltigung von frauen in palästina streiten. aber gleichzeitig beherbergen sie selbstverständlich einen lange bekannten (palästina-solidarischen) deutschen vergewaltiger in ihren reihen.

zur gleichen zeit hatte eine frau nicht öffentlich, aber offen gemacht, daß ein guter arabischer freund dieses deutschen vergewaltigers - beides linke - versucht hatte, zu vertuschen, daß ihr von einem weiteren arabischen mann sexuelle gewalt angetan worden war. (schadet der sache bla bla bla). unsere aufgabe als feministinnen ist es unter anderem, solche typen öffentlich zu benennen, damit andere frauen gewarnt sind. es reicht einfach nicht aus, zu sagen, jeder typ ist ein potentieller vergewaltiger. weil es ja überall weiterhin hauptsächlich heterosexuelle beziehungen gibt, sind die frauen dadrin mit konkreten männern konfrontiert und müssen gewarnt werden.

was passierte denn nun außergewöhnliches, wenn der kerl doch schon so lange geoutet war?

die gegendarstellung war eben eine scharfe kritik mit einer klaren feministisch-internationalistischen position und der vergewaltiger bekam nur einen nebensatz. aber das war einerseits nicht genug würdigung für den armen und andererseits zu viel, ihn überhaupt als solchen namentlich zu benennen. in dieser zeit feierte ein held der palästinensischen revolution SEINE hochzeit . dazu lud er genau diesen weißen deutschen vergewaltiger ein - den anderen (vorhin schon mal erwähnten) arabischen sexisten lud er explizit nicht ein. von dem war nämlich mittlerweile bekannt, daß er auch eine arabische frau sexistisch behandelt hatte. mehrere auch eingeladene feministinnen protestierten, verlangten die ausladung, die nicht erfolgte. sie nahmen selbstverständlich nicht an der gemeinsamen feier teil. einzelne fortschrittliche männer blieben ebenfalls fern. für viele frauen und männer war diese auseinandersetzung auch eine sehr persönliche auseinandersetzung, da sie ein unklares verhältnis gegenüber dem patriarchat und eben konkreten praktikern der patriarchalen massenbewegung haben. es belästigt sie, wenn feministinnen, heteras und lesben gemeinsam!, den sozialen kontakt und die unterstützung von patriarchalen gewalttätern sowohl innerhalb der gesellschaft als auch der linken kritisieren. aber wie können wir denn eine befreite gesellschaft ohne unterdrückung und ausbeutung erkämpfen, wenn wir nicht einmal den schutz der frauen in den sogenannt eigenen reihen herstellen und gewährleisten können? wenn wir als radikale feministinnen nicht immer wieder alle gesellschaftlichen strukturen grundsätzlich infrage stellen, werden auch die strukturen des linken patriarchats nicht angetastet. wenn wir nicht wieder eine starke revolutionäre feministische bewegung aufbauen, werden auch die frauen individuell im geschlechterkrieg keine starke position gegenüber den kerlen einnehmen können, erreichte positionen werden wieder zurückgedrängt... aber gerade revolutionäre positionen werden in diesem land auch von fortschrittlichen frauen und männern besonders angegriffen. sie erkennen nicht, daß es ohne radikale positionen keine ziele und möglichkeiten auf veränderungen - eben auch im individuellen bereich - mehr geben wird.

warum war bei euch in gießen nach einem allgemeinen aufschrei nicht alles vorbei? wie ist es euch gelungen, diesen konkreten konflikt zu einer politischen mobilisierung auszuweiten?

in dieser zeit wurde ein vergewaltiger aus der scene (früher saarbrücken und dann hamburg) gerade bundesweit bekannt gemacht. das thema ist also sowieso immer aktuell und präsent - wenn frauen die täter öffentlich benennen und etwas gegen sie unternehmen. typen machen das ja nicht. aber elend gibt es auf der welt viel und überall, deshalb beginnen die frauen und männer nicht unbedingt zu kämpfen. entscheidend ist, daß wir eine vorstellung entwickeln und vorschlagen können, wie, mit welcher taktik und strategie die verhältnisse zu verändern sind. da gibt es schon seit vielen jahren eine gute parole: global denken - lokal handeln. konkret in



sich als sehr wirkungsvoll herausgestellt. als feministinnen werden wir uns weiterhin und verstärkt in alles einmischen. wir sind nicht berechenbar und werden nicht aufgeben, bis alle arten von ausbeutung und unterdrückung abgeschafft sind. so lange gibt es das patriarchat schließlich noch nicht... sicherlich ein guter diskussionsansatz ist das papier von berliner frauenlesben. zum beispiel innerhalb der zeitung erklären die frauen zukünftig ihre entscheidungen für autonom, es gibt kein redaktionskollektiv mehr. es ist richtig, wenn feministinnen sich überalll einmischen! gleichzeitig haben lesben die inzwischen berühmten interviews "was männer aus der linken alle wissen, praktizieren und immer verheimlichen wollen" in zwei teilen veröffentlicht. außerdem wurde eine feministin in einer linken kneipe bedroht und beleidigt, weil sie selbstverständlich partei gegen die vergewaltigerschützer ergriffen hat. spontan gründete sich daraufhin eine unabhängige untersuchungskomission, die die weiteren vorfälle (die fristlose kündigung) life beobachtete und ihre beobachtungen ebenfalls veröffentlichte. an diesen doch recht verschiedenen aktivitäten kannst du eine breite solidarisierung erkennen. innerhalb der frauenlesbenbewegung, der frauen aus der linken gab es gespräche über erfahrungen mit anderen gießener männern, sexisten und vergewaltigern, die in der o.g. form nicht veröffentlicht wurden, aber als drohung über etlichen typen schwebt. solche aktionen machen es für die typen schwerer, weil es mehr kontrolle durch frauen gibt und das ist ein riesiger erfolg gegen das große schweigen in dieser Gesellschaft.

warum gab es bei euch so eine starke und breite reaktion? in anderen städten läuft das zum teil doch recht anders ab?

wir sind ja auch gleich als erstes mit dem rassismusvorwurf angegriffen worden, weil wir angeblich die palästinensischen männer als palästinenser beleidigt hätten. wir haben auf alle vorwürfe immer sehr genau und politisch offensiv geantwortet. als internationalistinnen haben wir eine klare antiimperialistische position. der rassismusvorwurf trifft uns nicht so leicht wie andere politische gruppen oder individuen mit einer unklaren inhaltlichen position gegenüber kolonialismus und (deutschem) imperialismus. uns hat das nicht handlungsunfähig gemacht, weil wir uns nicht in dem "schuld- und sühnekreislauf" des schlechten gewissens der bundesdeutschen linken und frauenlesbenbewegung aufhalten. das alles zusammen war zum beispiel für die angeblich antipatriarchalen zeitungsmänner offensichtlich zuviel. sie knallten den zeitungsfrauen "biologistisch" und "sexistisch" um die ohren (manchmal bekommen wir auch noch faschistisch und anderen blödsinn zu hören). wir haben erreicht, daß sie recht pro-patriarchalen quatsch sehr offen auspacken mußten, da ihnen die argumente ausgegangen waren. es war ja eben kein intelektuelles uniblabla, sondern ein klarer angriff auf vergewaltiger. wir sind nicht dabei stehen geblieben, einen einzigen herauszugreifen, damit sich die anderen männer von dem distanzieren konnen. wir haben sowohl einzelne konkret benannt, sehr direkt patriarchales verhalten und strukturen benannt und angegriffen. wir sind nicht mehr salonfähig oder fair (als wären wir gleiche und gleichen) geblieben, wir haben tabus aufgebrochen und 'gnadenlos' entlarvt und dadurch terrain gewonnen. das schweigen hier in der brd ist doch etwas besonderes, es ist nicht nur das schweigen innerhalb der "privatsphäre" gegenüber sexueller gewalt, es ist auch das schweigen der generation, die die nazizeit miterlebt hat gegenüber den nachfolgenden generationen. mit diesem schweigen sind wir erzogen worden und sollen heute zu allen möglichen verbrechen auch weiter schweigen.

was für allgemeine vorstellungen stecken hinter eurer initiative?

ein aspekt des allgemeinen desasters in der brd-linken und frauenlesbenbewegung ist der verlust von kriterien und die allgemeine individualisierung. dazu hat es von hier aus auch analysen gegeben, wie zum beispiel die 'feministische kritik' an der politik der raf und der ebenfalls namentlich sexisten, vergewaltiger benannt und auch einen kriterienkatalog mit ganz konkreten forderungen aufgestellt haben. es wäre gut, daran weiterzudiskutieren und zu arbeiten. das müssen wir aber erst noch materiell durchsetzen.

SCHÜRT DEN FRAUENLESBENZORN!





Autonomie-Kongreß der linksradikalen undogmatischen Bewegungen

Einladung

zum bundesweiten Vorbereitungstreffen für den Autonomie-Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegungen am 3.-5. Februar in Hamburg

Worum es gehen wird:
Nachdem wir uns auf dem letzten Treffen in Erfurt auf eine grobe Struktur des Kongresses geeinigt haben, wird es in Hamburg darum gehen, diese Struktur mit Inhalten zu füllen.
Es wird also darum gehen, sich genaue Gedanken zu den täglichen Eingangsveranstaltungen zu machen: Wer soll dort etwas sagen? Welche Inhalte sollen repräsentiert werden? Was für eine Form sollen die Veranstaltungen haben (Podiumsveranstaltung oder anderes)?
Welche AGs wird es geben, und wie sollen sie organisiert werden?
Wie soll die Idee mit den 100er- bzw. 200er-Plena umgesetzt werden?
Außerdem gibt es bisher nur äußerst vage Vorstellungen über das kulturelle Rahmenprogramm und vor allem den Abschlußtag. Was für eine Abschlußaktion soll es am Montag geben?

Geklärt werden muß auch, ob es im Vorfeld des Kongresses einen Reader mit wichtigen Beiträgen und Stellungnahmen geben wird (wer stellt den zusammen, was soll rein?), und wie die Ergebnisse des Kongresses dokumentiert und aufgearbeitet werden sollen.

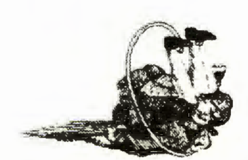
Wo wir uns treffen:
Das Treffen findet statt in der **Roten Flora, Schulterblatt 71.**
Dort wird es **Freitag ab 20 Uhr** in der VoKü etwas zu **Essen** geben und die **Schlafpätze** werden verteilt.
Samstag gibt es dort um **10 Uhr Frühstück** und um **11 Uhr** geht's dann mit dem **Treffen** los.
Abends sorgen wir dann wieder für's Essen.
Und **Sonntag** geht's wie gehabt um **10 Uhr** mit dem **Frühstück** weiter.
Um die Anzahl der Schlafplätze abschätzen zu können, wäre es schön, wenn ihr den Anmeldezettel an uns zurückschicken würdet.

Für Essen und sonstige Auslagen hätten wir gerne 30,- DM pro Person oder soviel ihr euch leisten könnt.

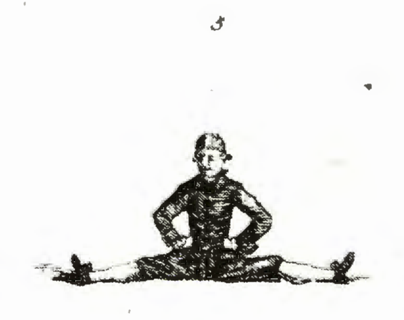
Bis denne im Hamburg
die Hamburger KongreßvorbereiterInnen

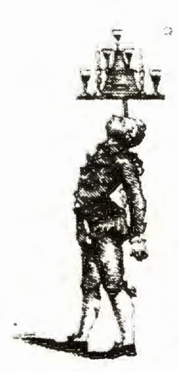
PS: Leider wird es keine rollstuhlgerechten Räumlichkeiten geben. Sorry!







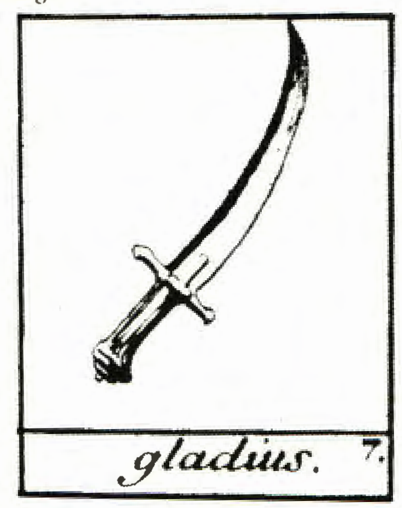




Das "Erfurter Programm"

In Erfurt wurde das im Kasten dokumentierte Programm für den Kongreß beschlossen. Es sieht nun drei Fragenkomplexe für die ersten drei Kongreßtage vor: 1. Autonomie: Geschichte, Aktualität und Zukunft einer Gesellschaftsvorstellung und eines Politikansatzes; 2. Die Trennungslinien der Linken - Differenzierungen, Brüche, Spaltungen; 3. Gibt es (revolutionäre) Perspektiven autonomer Politik?
Die Auflösungstendenzen einer linksradikalen Szene sind nicht zu übersehen. Politische Arbeit findet heute meistens in kleineren Gruppen statt, die »ihr« Spezialgebiet beackern, die sich oft irgendwann von der »Szene« losgelöst haben und die in der Regel wenig oder garnichts mit anderen linksradikalen Gruppen zu tun haben. Diese Entwicklung ist kein zufälliges Produkt. Sie spiegeln gesamtgesellschaftliche Spaltungslinien wie Sexismus, Rassismus, historische Entwicklungen und gesellschaftliche Vereinzelungstendenzen wieder. Folge dieser Entwicklung ist jedenfalls, daß es inzwischen wohl unmöglich geworden ist, von einem »wir« der Bewegung zu sprechen. Folge ist auch, daß über die begründeten Spaltungen hinweg kaum noch Kommunikation oder gar gemein

same politische Arbeit stattfindet.
Auf dem Kongreß soll es nicht darum gehen, diese Spaltungslinien der linksradikalen Bewegungen in einer großen Einheitsfeier zuzukleistern, was wir aber wollen, ist, den Dialog, die Diskussion, Auseinandersetzung und den Streit zwischen den Strömungen zu ermöglichen. Wichtig ist, daß die unterschiedlichen Bewegungen über ihren Tellerrand hinausblicken und sich in Bezug zueinander setzen, denn die übergreifenden Fragen betreffen alle. Eine Antifa-Gruppe beispielsweise muß ebenso Antworten auf die Frage finden, mit wem sie wie Veränderung vorantreiben will, wie eine Gruppe, die zum Thema Gentechnik arbeitet, oder eine Männergruppe.
Die verschiedenen existierenden Trennungslinien werden ein zentrales Thema auf dem Kongreß sein. Sie werden sich in der Struktur und den Inhalten des Kongresses niederschlagen, deswegen können die Diskussionen nicht (sofort) um Strategien und Perspektiven gehen. Es soll erst einmal um eine Art Bestandsaufnahme linksradikaler Politik gehen, von der aus dann weiter geguckt werden kann. Wie gesagt, das Ziel ist nicht, alles zu vereinheitlichen und die Widersprüche wegzuwischen, sondern sich mit den Inhalten und Vorbehalten der unterschiedlichen Bewegungsteile auseinanderzusetzen; Unterschiedliche Ansätze nebeneinander existieren zu lassen, aber trotzdem zu schauen, wo (oder ob) es eine gemeinsame Basis gibt.







Der (vorläufige) Kongreßverlauf

1. Tag (Freitag, 14.4.95)
Der erste Tag soll ein Einstieg in den Kongreß sein.
Er soll den Raum aufmachen, miteinander zu diskutieren, Positionen auszutauschen, eigene Standpunkte zu formulieren, andere Politikansätze wahrzunehmen, sich zu öffnen.
morgens/vormittags: **Eröffnungsplenum**: Eingangsworte, Technos, Erklärung des Tagesmottos: Erläuterung des **Begriffes »Autonomie«** unter der Frage des unterschiedlichen Zugangs mit den Fragestellungen:
- woher kommen wir - was trennt uns - was verbindet uns
Dieses Motto ist der Diskussionsrahmen für die anschließenden Arbeitsgruppen.
mittags/nachmittags: Es soll in Kleingruppen diskutiert werden. Dies kann in Frauen-, Männer-, Jugend-, MigrantInnen, Ost-, etc.pp. Gruppen, als auch in gemischten, bunt zusammengewürfelten Gruppen passieren.
abends: großes, **gemeinsames Plenum**: Bestandsaufnahme und Kritik autonomer, linksradikaler, undogmatischer Politik unter Einfluß der Ergebnisse aus den Kleingruppen

Die Frage nach dem »Wir« läßt sich nicht mit wenigen diskutieren. Andererseits ist es wohl auch nicht möglich, sie im großen Plenum differenziert und genauer zu erörtern. Daraus resultiert eine Mischform und Dreiteilung für den zweiten Tag:

9.00 Uhr	Frühstück
10.00 Uhr	Großveranstaltung mit oben genanntem Motto (kurze prägnante Beiträge mit provokanten Thesen, die die Diskussionen in den AG's anregen sollen)
12.00 Uhr	AGs (wir stellen uns Gruppen bis ca. 25-30 Leute vor)
16.00 Uhr	Kleinplena (zusammengesetzt aus verschiedenen AG's mit unterschiedlichen politischen Schwerpunkten, ca. 100-200 Leute)

Auf den Kleinplena soll die Diskussion, die in den AG's geführt wurde, mit den anderen AG's fortgesetzt werden. Damit soll erreicht werden, daß sich die bestehende Zersplitterung nicht in den AG's reproduziert. Wir halten 100-200 Leute für eine überschaubare Größe, in denen sich dennoch die Spaltungslinien der Linken wiederfinden werden.

2. Tag (Samstag, 15.4.95)
Am zweiten Tag wollen wir den unterschiedlichen **Spaltungen und Auseinanderdifferenzierungen** innerhalb der linksradikalen undogmatischen Bewegungen während der letzten Jahre Rechnung tragen.
Mit anderen Worten: Wir wollen die Frage nach dem »Wir« stellen ohne vereinheitlichen und die Widersprüche verdecken zu wollen, für die es gute Gründe gibt.
Das Motto soll lauten: **Solidarisierung / Auseinandersetzung / Abgrenzung linksradikaler undogmatischer Gruppen zueinander - Wer macht hier eigentlich noch radikale Politik (mit revolutionärem Anspruch)?**
Ziel ist, das Schweigen der Linken zu durchbrechen.
Es soll differenzierte Beiträge aus den Gruppen und zu den politischen Schwerpunkten geben, die über den jeweiligen Tellerrand blicken und damit eine Kommunikation und Konfrontation ermöglichen.

3. Tag (Sonntag, 16.4.95)
Revolution - täglich oder gar nicht!
Gleiche Struktur wie am zweiten Tag mit dem inhaltlichen Unterschied bezüglich des Eröffnungsplenums und der AG's: Was nun? Organisierung? Widerstand? Träume und Utopien?
- Neubestimmung der Angriffsziele linksradikaler undogmatischer Politik
- Organisierung in den Bewegungen
- Widerstand? Wie und gegen was kämpfen und wehren wir uns (gemeinsam)?
- Wie bestimmen wir unsere Position in der Gesellschaft? Wo sind dort mögliche BündnispartnerInnen?
- Selbstghettoisierung
- Agitation, Projektion, Mobilisierung

4. Tag (Montag , 17.4.95)
morgens / vormittags: allerletztes Frühstück
Abschlußplenum (Resümee)
nachmittags: große gemeinsame Abschlußaktion

Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Seit dem 15. November läuft am Frankfurter Oberlandesgericht der Prozeß gegen Birgit Hogefeld. Vorgeworfen wird ihr der Mord an dem amerikanischen GI Edward Pimental, der Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt, der versuchte Anschlag auf den heutigen Bundesbankchef Tietmeyer, die erfolgreiche Sprengung des Knastneubaus Weiterstadt und - der Perfidie letzter Schluß - der Tod des GSG 9 Bullen Newrzella bei ihrer Festnahme in Bad Kleinen.

Antrag auf Unterbrechung des Prozesses während der erneuten - befristeten - Einzelhaft

Seit letzten Freitag bin ich wieder in Einzelhaft, also wieder 23 Stunden am Tag in der Zelle eingeschlossen - die Isolation ist diesmal auf die Dauer von zwei Wochen befristet und läuft formal als Disziplinarstrafe (wegen eines Zusammenstoßes, den SchließerInnen im Oktober 94 provoziert hatten und bei dem am Ende ausschließlich ich verletzt war und mir die Kleider vom Leib gerissen worden waren.)

Das OLG hat diese befristete Einzelhaft in einem Beschluß von Ende Dezember gegen mich verhänggt, also vier Wochen nachdem ich hier eine Erklärung über Isolationsfolter und ihre Wirkung vorgelesen habe. In dieser Erklärung habe ich sehr viele persönliche Erfahrungen und Eindrücke aus den 13 Monaten, die ich in Isolationshaft gewesen bin, beschrieben und auch, daß ich diese Zeit für mich selber noch lange nicht für abgeschlossen halte. Jeder Mensch, der eine solch persönliche Erklärung schreibt, weiß, daß er sich damit angreifbar macht, das ist der Preis - mir war das bewußt und ich habe heute keinen Grund, mich darüber zu beschweren; spätestens nachdem mein Text breit veröffentlicht worden war und auch bei Leuten, die sich ansonsten nicht mit dieser Problematik beschäftigen, Diskussionen ausgelöst hat, war abzusehen, daß die Bundesanwaltschaft und OLG mir früher oder später die Rechnung liefern werden. Das ist jetzt der Fall. Nach gerade mal 4 Monaten "Normalvollzug" liegt es auf der Hand, daß ich zwei Wochen Einzelhaft anders erfahre und erlebe als Menschen, die nicht gerade eine längere Zeit Isolationshaft hinter sich haben. Für mich ist es nicht die "normale Gemeinheit", die jeder Einschluß für Gefangene bedeutet, ich durchlebe zwei Wochen lang 13 Monate Isolationshaft - vom ersten Tag an war alles wieder da, 100 Erinnerungen, Gefühle, Eindrücke.

Aus diesem Grund beantrage ich, daß jeder Prozeß gegen mich für die Dauer dieser befristeten Einzelhaft unterbrochen wird - oder daß diese Disziplinarstrafe sofort aufgehoben wird.

Ich bin unter diesen Bedingungen nicht verhandlungsfähig, weil ich mich schwerpunktmäßig mit der Isolation und ihren Wirkungen bei mir und gegen mich auseinandersetzen muß und auch will; ich kann mich z. Zt. also nicht in dem Maß, wie ich es für richtig und notwendig erachte, auf diesen Prozeß vorbereiten und konzentrieren.

Aus der Überwachung meiner Briefe und Besuche und der Kontrolle der Post, die meine AnwältInnen mir schicken, ist der Bundesanwaltschaft bekannt, daß ich z. Zt. an einer Erklärung überlege und schreibe, die sich auf die Aktion der Raf gegen die Rhein-Main Air-Base und die Erschießung des amerikanischen GI Pimental bezieht. Mich jetzt wieder - zwar befristet, aber jederzeitin einer neuen Runde wiederholbar - in Einzelhaft zu stecken, soll auch verhindern, daß ich mich hier zur Geschichte der Raf und der gesamten Linken und einer politischen Perspektive in Richtung auf eine menschliche Gesellschaftentwicklung äußern kann.

Aber auch bezogen auf die aktuelle Prozeßphase hat es Logik, dafür zu sorgen, daß ich mich nicht auf dieses Verfahren konzentrieren kann.



Lebenslänglich wegen angeblicher O-Beine

Die jetzige Prozeßphase soll durch das systematische Durcheinanderwürfeln von z.B. Zeugenbefragungen zu verschiedenen Anklagekomplexen nach außen hin als "uninteressant" dargestellt werden, um Medien- und Zuschauerinteresse zu verhindern.

Am letzten Prozeßtag hat die Bundesanwaltschaft versucht, im Anklagepunkt "Tietmeyer" ihr mehr als dürftiges BKA-Schriftgutachten durch die Aussage einer Zeugin untermauern zu lassen. Diese Zeugin ist im gesamten Verfahren gegen mich - ansonsten basiert die Anklage in erster Linie auf wackligen BKA Schriftgutachten - die Hauptbelastungszeugin und so sollte mit ihrer Aussage am letzten Verhandlungstag sozusagen "ohne daß die Öffentlichkeit viel davon mitkriegt" das lebenslänglich-Urteil gegen mich festgeklopft werden. Die Zeugin hat bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung die Anmieterin des Autos wie folgt beschrieben: "Die Frau hatte eine schmale zum Gesicht passende Nase." ... "Nach intensiver Durchsicht bin ich mir sehr sicher, daß die Frau auf dem Lichtbild 2-16.2 ... mit der Frau identisch ist, die ... das Fahrzeug anmietete." Auf dem Lichtbild 2-16.2. war Sigrid Sternebeck abgebildet.

Nun will die Zeugin mich als die Mieterin wiedererkannt haben und zwar an "O-Beinen", einer "krummen Nase" und "fleischigen Wülsten unter den Augen".

All diese drei Merkmale treffen auf mich nicht zu. Es wird kein Problem sein, beispielsweise ein Gutachten vorzulegen, das besagt, daß ich keine O-Beine habe, jede/r Orthopäde/in wird bestätigen, daß ich nach der Art der Hüftgelenkoperationen, die ich hinter mir habe, gar keine O-Beine haben kann.

Auf all solche Fragen auch einer juristischen Verteidigung soll ich mich im Moment nicht konzentrieren können - auch deshalb die erneute Einzelhaft.

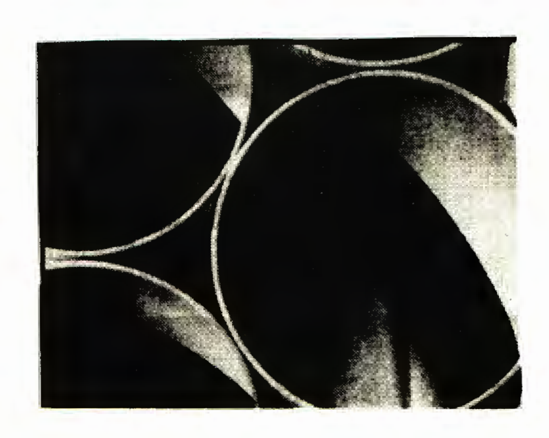
Auch der Bundesanwaltschaft muß mittlerweile aufgegangen sein, daß sie mich schlecht wegen Mordes an diesem GSG 9-Mann verurteilen lassen kann, wo heute wirklich jede/r weiß, daß ich zum Zeitpunkt der Schießerei in Bad Kleinen bereits mit einer Polizeipistole am Kopf auf dem Boden lag.

Die Knastsprengung in Weiterstadt gibt selbst bei einer Verurteilung kein lebenslänglich her und bei der Anklage wegen "Air-Base" gibt es nur diese Schriftgutachten, mit denen bewiesen werden soll, daß ich ein Auto gekauft hätte - da haben sie

nicht mal solche O-Bein-Zeugen aufzubieten. Außerdem ist bei diesem Anklagekomplex zu erwarten, daß das Medieninteresse wieder größer sein wird, weil diese Aktion und die Erschießung des GI selbst in linken Kreisen größte Widersprüche und Kritik ausgelöst hat. Von daher wird dann diese Art "Beweisführung", die heute hier an der Tagesordnung ist, nicht so glatt über die Bühne gehen können.

Aus all diesen Gründen wollen Bundesanwaltschaft und OLG gerade in der aktuellen, als "langweilig" und "uninteressant" inszenierten Prozeßphase mit O-Bein-Zeugen und ähnlichen Konstruktionen die "Beweisführung" (Tietmeyer) für das Lebenslänglich gegen mich schnell abschließen und in die Tasche kriegen - und ich soll mich währenddessen in Isolation mit deren Wirkung beschäftigen.

Birgit Hogefeld *10.1.1995*



§129a für "Gegenmacht von unten"

Zum Verfahren wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" gegen unsere Genossin Ursel Quack

Zur Erinnerung:
Am 8. November 1994 wurde Ursel verhaftet. Der Haftbefehl lautete auf "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, §129a". Konstruiert wird er vor allem über folgende Punkte:
- Im Rucksack von Birgit Hogefeld soll nach ihrer Verhaftung in Bad Kleinen ein Brief gefunden worden sein, der aufgrund angeblicher autobiographischer Übereinstimmungen Ursel zugeordnet wird.
- Sie soll in politischen Initiativen in Saarbrücken das angebliche RAF-Konzept einer "Gegenmacht von Unten" umsetzen, und damit die RAF in ihrem Bestand fördern.
- In Briefen an Manuela Happe und Rolf Heißler (beide Gefangene aus der RAF) sei ihre ideologische Nähe zur RAF dokumentiert.
- Sie soll an angeblich konspirativ stattgefundenen Treffen eines "harten Kerns der Linken, der der RAF gegenüber positiv eingestellt ist" teilgenommen haben.

Am 21. November wurde der Haftbefehl auf Antrag der Bundesanwaltschaft "außer Vollzug gesetzt". Die offizielle Begründung ist, daß aufgrund sichergestellter Unterlagen davon auszugehen sei, daß seit der Verhaftung von Birgit Hogefeld kein Kontakt mehr zur "RAF-Kommandoebene" bestehe, und dadurch die Fluchtgefahr gemindert sei. Der Haftbefehl bleibt weiterhin bestehen, was unter anderem bedeutet, daß sich Ursel jeden Montag beim Landeskriminalamt in Saarbrücken persönlich zu melden hat. Das Ermittlungsverfahren läuft weiter, der Verdacht der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" sei - so die Bundesanwaltschaft - durch die bei den Hausdurchsuchungen sichergestellten Unterlagen bestätigt worden.

So groß die Verhaftungs- und Durchsuchungsaktion auch angelegt war - insgesamt 70 Beamte aus Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt, Philipps von der Bundesanwaltschaft, u.a. waren beteiligt - so klein wurde sie anfangs gegenüber der Öffentlichkeit gehalten. Die erste offizielle Pressemitteilung gab es von Seiten der Bundesanwaltschaft zwei Tage nach der Verhaftung als Reaktion darauf, daß diese durch Presseerklärungen und Flugblätter unsererseits vom ersten Tag an öffentlich gemacht wurde. Ein Widerspruch zur sonst stattfindenden staatlichen Propaganda? Sicher nicht. Die Verhaftung vom 8.11.1994 ist nur eine der Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Aussagen des Verfassungsschutz-Agenten Steinmetz bisher ergriffen wurden.

Im Überblick:
- Ende November 1993 wurden mehrere Hausdurchsuchungen im Rhein-Main-Gebiet durchgeführt, um angebliches Beweismaterial zu sichern. Der Vorwand war ein Verfahren wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" gegen Steinmetz.
- Seit Spätsommer 1993 lief ein Ermittlungsverfahren wegen "Mitgliedschaft in ei-



ner terroristischen Vereinigung" gegen Stefan Frey, ein ehemaliges Mitglied der RAF (das Verfahren wurde Anfang Dezember 1994 eingestellt).

- Ein Ermittlungsverfahren gegen "Unbekannt" wegen der Aktion der RAF auf Weiterstadt war die Begründung für mehrere Hausdurchsuchungen im November 1994 in Frankfurt, sowie für "Zeugen"-Vorladungen am gleichen Tag zur Bundesanwaltschaft, die dafür extra nach Frankfurt gekommen war.

- Ein § 129a Ermittlungsverfahren gegen Gila Pohl, die in der inzwischen aufgelösten "Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen" in Frankfurt arbeitete. Im Zusammenhang mit diesem Ermittlungsverfahren, das ausschließlich auf "Aussagen" von Steinmetz basiert, drei "Zeugen"-Vorladungen vor die Bundesanwaltschaft. Die Betroffenen verweigerten jeweils die Aussagen - was wir für die einzig richtige Antwort halten. Zwei von ihnen wurden aufgrund der Aussageverweigerung in mehrmonatige " Beugehaft" genommen.

- Und nicht zuletzt die 300 Seiten aktenkundiger Steinmetz-"Aussagen", die im Verfahren gegen Birgit Hogefeld als Belastungsmaterial auftauchen.

Die Verhaftung von Ursel sieht vor diesem Hintergrund so aus, als hätten die Behörden das Ermittlungsverfahren dazu genutzt, sie für ein paar Wochen festzusetzen. Auch der Verlauf zeigt dies: daß die Behörden erst nach zwei Tagen mit einer Erklärung an die Presse gingen, die absurde Begründung zur Außer-Vollzug-Setzung des Haftbefehls, das Datum des Haftbefehls 12.10. - die Verhaftung am 8.11.

Spätestens seit Frühjahr 1994, nachdem vom Bundeskriminalamt ein 18-seitiges Papier "Betreff Ermittlungsverfahren gegen Birgit Hogefeld" an die Presse lanciert wurde, in dem Ursel namentlich erwähnt ist, sind wir davon ausgegangen, daß die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen sie betreibt. Sie hat dazu im Juni 94 eine Erklärung an linke Zeitungen verschickt (Siehe Angehörigen-Info Nr. 148 / 30.6.94). Die Verhaftung scheint wie inszeniert, um einen weiteren Nadelstich zu versetzen, zu verunsichern, gleichzeitig auch um abzuchecken, wer verhält sich wie, wie reagieren die politischen Initiativen und Zusammenhänge, lassen sich Leute abschrecken, folgen Distanzierungen etc.?

Was den Zeitpunkt der Verhaftung und der offiziellen Einleitung der Ermittlungen angeht, sehen wir einen Zusammenhang zu unserer politischen Arbeit als Gruppe "basis", mit der wir uns bewußt zum Ziel gesetzt haben, eine umfassendere und längerfristige Bestimmung emanzipatorischer Politik mitzuentwickeln.

Anfang August veröffentlichten wir "Like a rolling Stone... Zur Krise der revolutionären Linken, Eine Aufarbeitung zu Steinmetz". Diese Broschüre soll mit dazu beitragen, einerseits das bis heute vorherrschende Schweigen weiter Kreise der radikalen und revolutionären Linken zu dem VS-Agenten zu brechen, andererseits aus Erfahrungen, Fehlern und Niederlagen der Linken zu lernen, orientiert an Prozeß und Aufbau von linker grundlegender Opposition und revolutionärem Kampf heute. Wir denken, daß dies eine Bedingung dafür ist, sich mit andern über die Ausgangsbedingungen klar zu werden, aus denen heraus heute emanzipatorische Politik bestimmt und durchgesetzt werden kann. Am 17.10.1994 haben wir eine Veranstaltung organisiert, die eine Diskussion um die Durchsetzbarkeit gesellschaftlichen Widerstands gegen die staatliche Kriminalisierung einleiten sollte.

Ein weiterer Grund für den Zeitpunkt der Verhaftung ist sicher auch der Prozeßbeginn gegen Birgit Hogefeld und die Absicht der Ermittlungsbehörden, juristische Verknüpfungen zwischen beiden Verfahren herzustellen über das Konstrukt eines gemeinsamen Konzeptes "Gegenmacht von Unten".

Die Staatsschutzbehörden können sich diese "Nadelstichpolitik" bzw. diese Form des Austestens leisten. Vor dem Hintergrund, daß es bisher nur sehr vereinzelt die notwendige kollektive Aufarbeitung linker und revolutionärer Politik gibt, in der die Existenz eines VS-Agenten über zehn Jahre möglich war, setzen die Staatsschutzbehörden auf Zeit. Bisher bleibt es ihren Entscheidungen und Erwägungen überlassen, wann sie gegen wen Steinmetz-Aussagen einsetzen. Dabei nutzen sie weiterhin bewußt den Zersetzungsprozes der radikalen Linken aus. Die Taktik ist klar: Status quo - alles bleibt beim "Alten", oder es wird abgeräumt. Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz werden alles daran setzen, diesen Ist-Zustand zu verlängern.



"Gegenmacht von Unten" - Eine kriminalistische Erfindung der Ermittlungsbehörden?

Wir wollen die Solidarität mit Ursel anläßlich ihrer Verhaftung nicht als gering bewerten. Sie war unmittelbar stark, aufrichtig, und hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß der politisch und juristisch sehr gewagte Haftbefehl zwei Tage vor dem zweiten Haftprüfungstermin außer Vollzug gesetzt wurde.

Der Haftbefehl dreht sich hauptsächlich um das angebliche RAF-Konzept "Gegenmacht von Unten". So wenig dieser Begriff bisher definiert und gefüllt ist, so wenig gibt es ein gemeinsames Konzept von Gruppen und Organisationen der radikalen und revolutionären Linken. Für uns geht es darum, mit zur Überwindung dieser Situation beizutragen, um gesellschaftspolitisch eine handlungsfähige Kraft zu entwickeln. Die Wege, Formen und Mittel können nur in einem umfassenden praktischen Prozeß konkretisiert, und nicht auf dem Reißbrett entworfen werden. Selbstverständlich geht es in diesem Prozeß um den Aufbau einer Gegenmacht, die in der Lage ist, emanzipatorische Ziele gegen das imperialistische System zu verankern und durchzusetzen.

Das wird in der politischen Argumentation des Haftbefehles durchaus erfaßt, wenn es heißt:

"Durch das Aufgreifen von lokalen und allgemein gehaltenen Themen soll die Druckschrift (Stoffwechsel) eine breitere Bevölkerungsschicht ansprechen...", oder "...dienen die von der Beschuldigten durchgeführten und maßgeblich mitorganisierten (...) Aktivitäten dem Zweck, eine Mobilisierung und Organisierung von linksextremistischen Kräften zu erreichen".

Die ganzen Aufzählungen der politischen Projekte und die Erwähnung einer "Vielzahl von anderen Projekten, wie z.B. Hausbesetzungen, Bürgerinitiativen, Friedensbewegung u.a.", die eine Auflistung der Aktivitäten aus mehr als zehn Jahren darstellen, sollen kontinuierlichen linksradikalen Widerstand kriminalisieren.

Die Verdrehungen und Interpretationen der politischen Projekte, sie dienten "dazu, die ideologische Position und die Zuverlässigkeit der einzelnen Personen sowie deren Bereitschaft sich im Sinn der 'RAF' zu engagieren, überprüfen zu können" ... "eine kontinuierliche Einbindung der neu gewonnenen Personen zu gewährleisten", sind zu ihrer Kriminalisierung und politischen Denunziation notwendig. Sie sind aber auch Projektionen eines Staatsapparates, der nur mit Erpressung, Repression, Manipulation und Korruption funktioniert, und der sehr wohl weiß, da emanzipatorische Bestrebungen und Organisierungen im Kern antagonistisch zu seinen Herrschaftsinteressen stehen.

Für die Neukonstituierung linker Politik ist es existentiell notwendig, aus der Unorga

nisiertheit, Zersplitterung und gesellschaftlichen Isolierung linker Zusammenhänge Schritte zu gemeinsamen politischen Bestimmungen und zu gesellschaftspolitischer Relevanz zu unternehmen.
Um es bildlich darzustellen:
Seit längerem wird auf Bahnhöfen in Deutschland eine "Aktion sauberer Bahnhof - bunte Geschäfte rein, dunkle Gestalten raus" durchgeführt. Im Rahmen dieser "Aktion" wurden Plakatwände aufgestellt mit der Aufschrift: "Aktion sauberer Bahnhof: Bitte nur hier sprühen". Darunter wird eine weiße Fläche zum Besprühen zur Verfügung gestellt. Übersichtlich, eingegrenzt und integriert in das konsumfördernd hochgestylte Erscheinungsbild der Bahnhöfe, die auf die Ansprüche der kleinen und großen Manager, der gutbezahlten Technokraten und Yuppies gestaltet wurden und werden. So soll oppositionelle Politik aussehen: Integrierbare Randerscheinung im Kapitalismus, die auf den Spielwiesen der formalen Demokratie ihren ergänzenden Beitrag leisten darf. (...)

Es gibt einen Zusammenhang zwischen
- Dem systematischen Polizeiterror gegen sogenannte soziale Randgruppen und der Etablierung von "Runden Tischen", in denen die Arbeit von institutionalisierten "sozialen" Projekten direkt mit der Polizei abgestimmt wird.
- Den Waffenexporten und Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr und den Konsultationen zwischen Außenministerium und Amnesty International.
- Der Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand und Rita Süßmuths Aufruf zu mehr "Zivilcourage gegen Ausländerfeindlichkeit".

Es sind die beiden Seiten einer Medaille.

Nochmal zurück zu unserer Veranstaltung vom 17.10.. Anlaß waren ein Verfahren gegen eine Genossin wegen "Verunglimpfung des Staates", mehrere Verfassungsschutzangriffe im Saarland, ein Verfahren wegen "Nötigung" anläßlich einer Blokkade der Saarbrücker Polizeikaserne in der Mainzerstraße nach dem GSG9-Überfall auf den Kurdischen Kulturverein u.a. Wir stellten dazu die zentrale Frage:



"Wie können die Prozesse von Selbstorganisierung und gesellschaftlichem Widerstand gegen die Kriminalisierung durchgesetzt werden?".
Sich dieser Frage praktisch und politisch zu stellen, muß für die gesamte Linke auf der Tagesordnung stehen. Mit jedem Angriff ist die gesamte linke Opposition gemeint. Über einmalige Betroffenheit und punktuelles Verhalten hinaus muß die dementsprechende Solidarität politisch konkret in einem organisierten Rahmen entwickelt werden. Kein einzelner Zusammenhang, keine politische Gruppe kann alleine weder ihre Ziele durchsetzen, noch sich gegen die Repression behaupten. Auch die Diskussionen und praktischen Schritte dahin müssen entschlossen geführt und durchgesetzt werden. Dabei darf sich Niemand vom Staat vorschreiben lassen, mit wem, mit welchen Inhalten und in welchem Rahmen dies vonstatten gehen soll.

Wir fordern:
Offenlegung aller Aussagen des Verfassungsschutz-Agenten Steinmetz und Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang damit!
Einstellung des §129 a-Verfahrens gegen Ursel Quack!
Sofortige Rückgabe aller bei den Hausdurchsuchungen und Zellenrazzien beschlagnahmten Unterlagen und Gegenstände!

Januar 1995

basis : Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisierung - Internationalismus - soziale Emanzipation

Ermittlungverfahren wegen Essen

Polizei verschickt Strafbefehle an die Festgenommenen der Demo gegen den EU-Gipfel in Essen

Den Anzeigen gegen die Polizei wegen der Massenhaftungen und polizeilichen Ausschreitungen bei den Aktionen gegen den Essener EU-Gipfel im Dezember entgegnet diese jetzt mit der Einleitung von Ermittlungsverfahren wegen der Ordnungswidrigkeit des Verstosses gegen das Versammlungsgesetz. Zu diesem Zweck gingen in den letzten beiden Tagen den rund 1.000 Verhafteten sog. "Anhörungsbögen" mit der Aufforderung zur Stellungnahme zu.
Diese "Anhörungsbögen" brauchen und sollten nicht beantwortet werden, sie taugen allenfalls für den Papierkorb.

Gedächtnisprotokolle
Für die zu erwartetenden Verfahren gegen DemonstrantInnen bzw. gegen die Polizei werden noch dringend Gedächtnisprotokolle von TeilnehmerInnen bzw. PassantInnen benötigt. Desweiteren werden Leute die Videos oder Fotos gemacht haben gebeten, sich mit dem Essener Ermittlingsausschuß in Verbindung zu setzen.

Kontaktadresse:
äußerer Umschlag
Naturfreundejugend Essen
Postfach 102745
45027 Essen
innerer Umschlag
EA Gruppe Essen

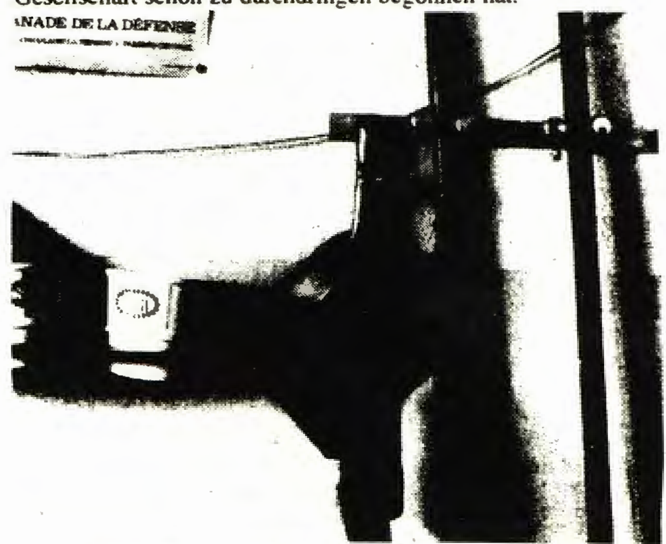
BUNDESWEITES NACHBEREITUNGSTREFFEN
Am 28. und 29. Januar ab 14.00 findet in der Zeche Carl (Carl-Nieswand-Allee 100 in Essen-Altenessen) ein bundesweites Nachbereitungstreffen zu den Aktionen in Essen statt.
Samstag, 28. Januar 1995: Rechtliche Konsequenzen: Strafbefehle der Polizei, Strafanzeigen gegen die Polizei, Verfassungsklage wegen Demoverbot.
Sonntag, 29. Januar 1995: Inhaltliche und politische Bewertung der Aktionen und der groessten Massenfestnahme in der Geschichte der BRD. Kontakt: Zeche Carl, Stadtteilbüro, Carl-Nieswand-Alle 100

Wir drucken hier eine gekürzte Version des Aufruf-Flugblatts zur Kundgebung vor der AOK und der Gesundheitsbehörde am 12.01.95 ab. Der weggelassene Teil zur `Bioethik´-Konvention im einzelnen beschreibt im Wesentlichen das Gleiche, was im Artikel "zur geplanten europäischen `Bioethik´-Konvention", Zeck Nr.32, Nov. 94, steht. (Für NichtbesitzerInnen dieser Ausgabe: ein Exemplar des Flugis in ganzer Länge befindet sich im Ordner.)
Zur Kundgebung am 12.01. kamen übrigens erfreulicherweise gut 100 Menschen. Die AOK reagierte prompt, indem sie ihre Zweigstelle schloß und eine Erklärung aufhängte, daß sie erstaunt seien, mit der Konvention in Verbindung gebracht zu werden, da sie doch immer nur das Beste für die Menschen wollten... Auch die Gesundheitssenatorin Fischer-Wenzel wollte sich umgehend einer kleinen Delegation zur Rede stellen. Ein selten sensibler und um Verständnis heischender Umgang mit Protest...
die Redaktion

Gegen die Europäische Bioethik-Konvention

tut schnelles Handeln auf allen Ebenen not!

Im Januar 1995 soll der Anfang 1994 publik gewordene Entwurf für eine „Europäische Bioethik-Konvention – Übereinkommen zum Schutz der Rechte und Würde der Menschen bei der Anwendung von Biologie und Medizin" von den Gremien des Europarates verabschiedet werden.
Die Vorlage zu dieser Konvention ist in jahrelanger Geheimarbeit entstanden. Erarbeitet wurde sie von einem vom Europarat eingesetzten „Lenkungsausschuß Bioethik" (CDBI) bzw. einer 8köpfigen Redaktionsgruppe des Ausschusses (zu Einzelheiten s. Kasten zur Konvention).
Die „Bioethik-Konvention" ist als völkerrechtlich bindender Vertrag gedacht. Mit ihr sollen Richtlinien für Embryonenforschung, Organhandel, Gentherapie, genetische Diagnostik, medizinische Versuche und Datenschutz für die Unterzeichnerstaaten verbindlich festgelegt werden. Ehe wir weiter unten auf die einzelnen Inhalte der Konvention eingehen, sei vorausgeschickt, daß sie im Kern vor allem regelt, daß alles, was in der biotechnologischen Forschung und Medizin machbar ist, auch als Praxis und „ethisch vertretbar" möglich ist und bleibt.
Der geplanten europäischen Konvention kommt über Europa hinaus auch dadurch Bedeutung zu, daß die UNESCO für 1996 eine weltweite Bioethik-Konvention plant, für die die europäische als „Vorlauf" gelten mag.
Folgerichtig waren dem Lenkungsausschuß, zu dem 70 europäische ForschungspolitikerInnen und WissenschaftlerInnen gehören, auch schon 30 BeobachterInnen aus internationalen Organisationen, u.a. aus Japan, Australien und den USA beigeordnet.
Der geheime Entwurf des Lenkungsausschusses liegt wohl seit Ende 1993 bei den Entscheidungsträgern auf dem Tisch. Ursprünglich sollte er im Sommer 1994 verabschiedet werden. Nach der von den Machern unbeabsichtigten Veröffentlichung des Textes im Frühjahr 1994 hat sich (vor allem in der BRD) Kritik geregt.
Aus den Parteien, den Kirchen und Behindertenverbänden kam vor allem Detailkritik: einerseits an den Aussagen zur Embryonenforschung (Genaueres s. unten); andererseits an dem Artikel, der unter bestimmten – juristisch aber nicht eingegrenzten – Bedingungen medizinische Eingriffe ohne therapeutischen Nutzen erlaubt. Die Menschen, die von dieser Praxis betroffen sein werden, sind unter dem englischen Rechtsbegriff „incapacitated persons" zusammengefaßt: geistig behinderte und alterskranke Menschen, Drogenabhängige, AlkoholikerInnen etc.
Vor allem aus der autonomen Behinderten- und Anti-Eugenik/Euthanasie-Bewegung gibt es eine prinzipielle und fundamentale Kritik gegen die Festschreibung „bioethischer" Politik durch die Konvention, die wir auch teilen.
Der Widerstand, der sich bisher in der BRD aus verschiedensten politischen Beweggründen geregt hat, hat einerseits dazu geführt, daß die Verabschiedung der Konvention vorläufig auf Januar 1995 verschoben wurde. Andererseits haben hektische Aktivitäten in Richtung sprachlicher Kosmetik am Text eingesetzt (inzwischen liegt die zweite Version seit Beginn des Jahres vor). Uns geht es aber nicht um das Ziel, eine „entschärfte" Fassung vorgesetzt zu bekommen, sondern darum, das gesamte Projekt Bioethik-Konvention von der Tagesordnung des Europarates abzusetzen. Dazu bedarf es – über die Bekanntmachung und Kommentierung der einzelnen Artikel der Konvention hinaus – einer grundsätzlichen Kritik der Politik der Bioethik, die unsere Gesellschaft schon zu durchdringen begonnen hat.



„Bioethik" – Welches Gesellschafts- und Menschenbild steckt dahinter?

Der Kern bioethischer Argumentation ist der Schritt, mit dem bestimmte Menschen aus der menschlichen Gemeinschaft, für die die Menschenrechte gelten, ausgegrenzt werden (als Tiere", als „human vegetable", als „Unmenschen" usw.). Über diese so Ausgegrenzten kann dann in der Logik nach Belieben verfügt werden – durch Tötung, Ausschluß von der Fortpflanzung oder medizinischen Versorgung, experimentellem „Verbrauch" usw.
Bei Durchsicht einiger Veröffentlichungen von Bioethikern läßt sich schnell eine Ahnung davon bekommen, welche Probleme die Bioethiker u.a. zu lösen gedenken und welche Menschen in der Konsequenz aus der menschlichen Gemeinschaft ausgesondert werden sollen (zusammengestellt nach Jobst Paul, in: Behindertenpädagogik Heft 1/91):
Ein „unerwünschtes" Anwachsen der Weltbevölkerung (Bayles), die „unerwünschte" Bindung von Geldmitteln an die Versorgung und Förderung Schwerstbehinderter (Anstörtz) und alter Menschen (Singer) und die Umlenkung dieser Gelder für profitable humantechnologische Dienstleistungen (Häyry; Singer), „unerwünschte" soziale Spannungen und Katastrophen in Entwicklungsländern und Industriestaaten und die „unerwünschte" Bedrohung der Industriestaaten durch die Armen der Erde (Bayles), die „unerwünschte" menschliche Gen-Ausstattung (Wilson) und deren Veränderung mit dem Ziel neuer menschlicher „Spezies" (Engelhardt)...

Die BioethikerInnen geben vor, mit ihrem politischen Programm das „Gesamtglück" der Gesellschaft erhöhen zu wollen. Die Wünsche aller Menschen nach bestmöglicher Versorgung und [illegible]stützung durch die Gesellschaft haben in diesem Konzep[illegible]n Platz. Derartige Wünsche werden „wegdefiniert", indem den am meisten Betroffenen grundsätzlich nur Leiden zugestanden wird und sie zu „Unmenschen" gemacht werden.

Ein Teil der TierschützerInnenbewegung mag hinter der Einstufung der von der Bioethik angegriffenen Menschen in das Tierreich eine Aufwertung von Tieren (und damit „Natur") in unserer Gesellschaft ausmachen können. Übersehen wird dabei erstens geflissentlich, welche Todesdrohung für viele Menschen hinter dieser Argumentation und Politik steht, denn – zweitens – bedeutet dieses „Aufbrechen des Speziismus" gerade nicht das Aufbrechen des herrschenden Naturverständnisses, im Gegenteil: Die Ideologie der Aufklärung, die die Entwicklung des Kapitalismus begleitete, erhob den Anspruch, das patriarchale Prinzip der Trennung zwischen Natur und Menschen „wissenschaftlich" zu erklären. Der „Mensch" als autonomes Individuum, nur sich selbst verantwortlich und als Herrscher über die Natur, die er – als etwas „anderes" – nach Belieben ausbeutet. Aus der Verheißung FreiheitGleichheitBrüderlichkeit wurden von Vornherein weiße Frauen und kolonialisierte Frauen und Männer ausgeschlossen und dem „Anderen", der „Natur" zugeschlagen und damit deren Ausbeutung und Unterdrückung legitimiert. Wenn sich die auch BioethikerInnen damit brüsten – und bei vielen „aufgeklärten" Menschen auf offene Ohren stoßen –, das nach ihren Worten „irrationale christliche Tötungstabu" im Dienste von Fortschritt und Glück zu „überwinden", so stehen sie doch in folgender Kontinuität: Vergewaltigung und Mord an und Angriffe auf Frauen und Schwarze („Schwarze" als politischer Begriff) z.B. waren und sind immer wieder je nach Belieben aus diesem Tabu ausgenommen worden. Das läßt sich z.B. von der Kolonialgeschichte über die juristische Praxis für Vergewaltiger in der BRD bis zum gegenwärtigen (politischen und juristischen) Umgang mit rechten Angriffen gegen Menschen nicht-deutscher Herkunft oder JüdInnen verfolgen. Die Bioethik erneuert und modernisiert eine zutiefst sexistische und rassistisch-biologistische Ideologie gegen behinderte Menschen und steht damit auch in der nazistisch/faschistischen Kontinuität von Selektion und Tötung.

Alles, was sich in den unzähligen Publikationen von BioethikerInnen darum herum rankt, versucht dies zu vernebeln bzw. für die Grundannahmen Akzeptanz zu schaffen. Der Bioethiker Katz läßt in seinem Buch, das ungeschminkt den Titel „Versuche am Menschen" trägt, keinen Zweifel daran, worum es in der bioethischen Propaganda geht (nach Beschreibung v. Jobst Paul, a.a.O.): „... die Eigeninteressen von Forschung und Wissenschaft (und dies bedeutet auch ihre Umsetzung in verkäufliche Dienstleistungen und in gesellschaftliche Praxis) [sind] in diesem Bereich längst an die Grenzen der gesellschaftlichen Akzeptanz und gesetzlich verankerten Grundwerte gestoßen, weshalb ein systematischer Versuch notwendig wird, diese Akzeptanz zurückzugewinnen, d.h. den Freiraum für Wissenschaft und Forschung im Bereich allgemeingesellschaftlichen Denkens und im Bereich der staatlichen Gesetzgebung zu vergrößern, und dies trotz der auch in den USA und anderen Ländern als störend empfundenen Erblast nazistischer Erfahrungen" (s. auch Singer, Saß).

Entsprechend wird auf die Kritik und den Widerstand, die sich in der BRD trotz aller gegenteiligen Bemühungen immer noch und immer wieder gegen eugenisch-rassistische Politik regen, von MedizinerInnen, ForscherInnen und PolitikerInnen aus dem In- und (europäischen) Ausland zunehmend ungehalten reagiert – „deutsche Empfindlichkeiten" behinderten den „Fortschritt", will heißen den Durchmarsch der Bioethik in die (gesundheits-)politische Praxis, wie sie nicht zuletzt mit der Europäischen Bioethik-Konvention angestrebt wird. Den KritikerInnen in der BRD wird eine „Okkupierung der ethischen Debatte in Europa" und die „Dämonisierung der Biowissenschaften" (der Däne Svend Andersen auf einem Symposium im Mai 94, s. Kasten) vorgeworfen. Singer versteigt sich gar unter Berufung auf die Freiheit der Forschung und unter dem Eindruck einiger verhinderter Auftritte seinerseits in der BRD darauf, die Widerständigen als in faschistischer Tradition stehend zu bezeichnen. All das wird uns aber nicht abhalten, die Grundannahmender Bioethik offenzulegen und jegliche derartige Tendenzen in dieser Gesellschaft zu bekämpfen.



„Ethik" im Dienste der Herrschaftssicherung

Die Wortschöpfung „Bio-Ethik" verleitet viele Menschen, nicht hinter die Fassade zu blicken, denn der Begriff Ethik ist relativ positiv besetzt und wird in etwa mit einem „Ringen um einen humanistischen gesellschaftlichen Konsens" verbunden. Auf einem Symposium zu Bioethik, veranstaltet von dem Bonner Institut im April 1994, macht aber z.B. Neumann, Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, deutlich, was seinesgleichen von Ethik hält: sie „behindere den Fortschritt und vergesse die hochwertigen Arbeitsplätze und das enorme wirtschaftliche Potential, die die Forschung schaffe. ... Es gebe auch ein 'unethisches Verhalten durch Unterlassen'" (zit. nach FR, 9.5.94). Die Entstehung der Europäischen Bioethik-Konvention und der geplante Modus zu ihrer Verabschiedung machen deutlich, daß „Bioethik" einem Herrn Neumann sehr zupaß kommt und mit Ethik im traditionellen Sinne nichts zu tun hat.

Die Erstellung des Entwurfs war absoluter Geheimhaltung unterworfen. Zu der entscheidenden Autorengruppe gehörten ganze 8 (!) Personen, vor der Verabschiedung durch den Ministerrat des Europarates ist keinerlei Diskussion in den zum Europarat gehördenden Staaten vorgesehen. Gleichgültig, was eine über Inhalt und Wirkung parlamentarischer Kontrolle denkt, so ist bemerkenswert, daß Mediziner, Forschungspolitiker und selbsternannte „Ethiker" an der Öffentlichkeit und den staatlichen gesetzgebenden Instanzen vorbei faktisch Recht (oder besser: Unrecht) schaffen. Die Konvention soll schon in Kraft treten, wenn sie nur fünf Staaten (darunter vier EU-Staaten) ratifiziert haben. Damit ist sichergestellt, daß die Staaten, die den Handlungsspielraum der Forschercliquen und der praktischen Biotechnologie am wenigsten einschränken, vorpreschen können und der so verabschiedete „bioethische Rahmen" als Druckmittel gegenüber anderen Staaten benutzt werden kann, die – in einzelnen Punkten – bisher restriktivere Gesetzgebungen haben.



Das Projekt Europäische Bioethik-Konvention ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, in der in den letzten Jahren schon weltweit und in der BRD ein riesiges – teilweise undurchsichtiges – Netz von (bio-)ethischen Instituten, Lehrstühlen etc. etabliert worden ist (in der BRD zuletzt die Gründung des „Instituts für Ethik und Wissenschaft" in Bonn, dessen Leiter Honnefelder auch Mitglied des Lenkungsausschusses für die Konvention ist). Diese Einrichtungen bzw. die dahinter stehenden Personen sind dabei, eine starke normative Kraft in bezug auf Gesetzgebung und Gesundheitspolitik zu entwickeln. Und die staatlichen Institutionen legen diesem außerhalb jeder Kontrolle agierenden Bioethikern auch keine Steine in den Weg, liefern sie doch die ideologisch-politischen Konzepte und Begründungen für eine Politik, die „unproduktive" Menschen aus der gesellschaftlichen Verantwortung und Versorgung „herausrechnet".

Umsetzungen im Gesundheitswesen

In der schrittweisen Umstrukturierung der Renten- und Sozialversicherungen und der Gesundheitsversorgung bestätigt sich eine Haltung gegen alte, behinderte oder chronisch kranke Menschen, die deren Existenz als im Grunde unnötig ansieht. Kostenträger und Staat wollen die Aufwendungen für jene einschränken oder ganz einstellen, die ihren „Abschied" nicht nehmen. Es geht um





die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe und um die Frage, wer künftig in Kliniken oder Pflegeheimen getötet werden darf. Eine Triebfeder der aktuellen „Euthanasie"-Diskussion ist das Ziel, den finanziellen Aufwand für das Gesundheitswesen zu begrenzen. Rationierung heißt das Zauberwort: Verknappte medizinische Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo es sich „lohnt". Gesundheitstechnokraten sind am Werk, die umfassende Kosten-Nutzen-Analysen gründlich betreiben. Danach sind Sparen und Rationieren im Gesundheitswesen weder zynisch noch inhuman; Voraussetzung sei allerdings, daß über Leben und Tod, über Schmerz und Leid nicht individuell und personenbezogen, sondern allein statistisch und abstrakt verhandelt werde.

Die elektronische Krankenversichertenkarte ist seit Oktober 1994 bundesweit eingeführt. Die Chipkartentechnik macht es möglich, erheblich mehr Daten auf einer Karte zu speichern, als gesetzlich bisher erlaubt ist. Krankenkassen wollen festlegen, welche Aktivitäten die Gesundheit fördern. Sie könnten künftig für den Besuch von Gymnastikkursen, Schwangerschaftsvorsorge, Früherkennungsuntersuchungen oder Nikotinverzicht Bonuspunkte vermerken. Eine Ermäßigung der Kassenbeiträge steht in Aussicht. Wer sich diesem Gesundheits-TÜV verweigert, handelt dann fahrlässig und soll mehr zahlen. Damit ließen sich chronische Krankheiten oder die Geburt eines behinderten Kindes als selbstverschuldete Folgen bestimmen, für die die Kassen nicht mehr aufkommen müssen. (vgl. Info „Die Krankenversichertenkarte...")

Auch die ÄrztInnen werden in computergerechte Systeme eingebunden: Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung bestimmen Richtgrößen und Durchschnittswerte, die festlegen, wessen Gesundheit noch welchen Aufwand wert ist. Damit ist die technokratische Voraussetzung geschaffen für die Rationierung der medizinischen Angebote: Die bereitstehenden Mittel werden unter dem Diktat der Kostendämpfung künstlich so verknappt, daß Arzt und Ärztin in der Behandlung die Patienten nach bestimmten Kriterien aussortieren werden: Lebensalter, -erwartung, chronische Krankheit, andauernde Behinderung, Arbeitsfähigkeit usw.

Hintergründe zur Europäischen Bioethik-Konvention

– soweit sie uns – trotz aller Geheimhaltung der Öffentlichkeit gegenüber – bekannt sind (Fehler sind nicht ausgeschlossen).

1987 wurde der Auftrag zur Erstellung einer europäischen Bioethik-Konvention durch die Parlamentarische Versammlung oder das Ministerkomitee erteilt.

1990 Gründung des „Adhoc Committee on Bioethics".

1992 Umbenennung in „Steering Committee on Bioethics" (CDBI) (= Lenkungsausschuß) und damit verbunden eine politische Aufwertung.

Das CDBI, das für den vorliegenden Konventionsentwurf verantwortlich zeichnet, hat 70 Mitglieder; Leider ist Octavi Quintana-Trais; zur deutschen Delegation gehören:

- **Günter Belchaus, Ministerialrat beim Bundesministerium der Justiz,**
- **Dr. Elmar Doppelfeld, Deutsche Bundesärztekammer,**
- **Dr. Ludger Honnefelder, Philosophisches Seminar der Uni Bonn und Leiter des „Instituts für Wissenschaft und Ethik",**
- **Dr. Stefan Winter, Referent beim Bundesministerium für Gesundheit.**

Mitglieder der 8köpfigen Redaktionsgruppe sind: Dr. Michael Abrams (Großbritannien), Dr. Göran Hermeren (Schweden), Jean Michaude (Frankreich), Dr. Ferench Oberfrank (Ungarn), Prof. Salvatore Puglisi (Italien), Henriette Roscam-Abbing (?), Ruth Reusser (Schweiz), Dr. Stefan Winter (BRD, s.o.)

Dezember 1993 erste Diskussion des Konventionsentwurfes in Straßburg.

(Schon zu diesem Zeitpunkt liegt der „vertrauliche Entwurf" offensichtlich der FR vor, veröffentlicht wird er in ihr erst im Mai 1994!)

Anfang 1994 sickert der Entwurf langsam an die Öffentlichkeit. Eine „Internationale Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention und das europäische Bioethische Netzwerk" wird initiiert. Der Text ist inzwischen von zahlreichen Leuten unterzeichnet worden.

In Reaktion auf die einsetzende öffentliche Diskussion wird im Juli 1994 eine leicht veränderte (und eher verschärfte) Fassung der Konvention vorgelegt.

Am 4.5.94 veranstalten die Bonner Universität und das „Institut für Wissenschaft und Ethik" ein Symposium „Biomedizinische Ethik in Europa" mit Delegierten aus 30 europäischen Staaten. Mitglieder des CDBI verteidigen das Vorhaben zur Konvention, der Wortlaut wird den Delegierten aber vorenthalten.

Am 5.10.94 berät die Parlamentarische Versammlung über den Konventionsentwurf und verweist ihn wegen verschiedener Proteste zur Überarbeitung zurück an das CDBI.

Nach dem neuesten uns bekannten Stand soll die Konvention nun im Januar '95 erneut beraten werden und schnellstens vom Ministerkomitee verabschiedet werden.

Die Konvention, aus der hier nur Teile beschrieben sind, ebnet auf vielen Ebenen der Einteilung in „wertes" und „unwertes" Leben und der Aussonderung der im patriarchal-kapitalistischen System „unbrauchbaren" Menschen den Weg.



Stop CASTOR:

Eingelagert wird nix - Konzert vor dem Tag X! Info und Musik gegen Atomanlagen

Gorleben '94 - spektakulärster Erfolg der letzten Jahre

Heiß ging's her im Wendland im Sommer und Herbst '94. Zum fünften Mal versuchten AKW-Betreiber, hochradioaktiven Atommüll ins Zwischenlager Gorleben zu bringen. Der Name des Behälters - CASTOR - wurde zum allseits bekannten Begriff. Und auch diesmal haben sie es nicht geschafft - seit über elf Jahren steht die Zwischenlagerhalle leer. Verhindert wurde der CASTOR letztendlich auf der Straße - vor allem von den Menschen, die im Wendland leben, aber auch mit tatkräftiger Unterstützung aus der ganzen BRD. Die seltene, aber gelungene Mischung aus breiter Ablehnung bei den Einheimischen und die Androhung und Durchführung von radikalen Aktionen hat den CASTOR gestoppt - auch wenn es vordergründig ein Gerichtsurteil war, das den Transport vorläufig untersagte.

Diesmal war es kurz davor - der Abfahrtstermin des CASTOR stand schon fest. Aber auch die Anti-AKW-Bewegung zeigte sich an diesem Punkt so stark wie schon lange nicht mehr.

Auch aus Hamburg waren mal wieder viele Menschen dabei. Seit Ende November hatten wir erstmal eine Ruhepause, doch der nächste CASTOR kommt bestimmt (wenn wir ihn nicht wieder verhindern). Noch immer steht der Behälter abfahrbereit beim AKW Philippsburg. Ein weiterer wurde schon vom AKW Biblis angedroht.

Mit dem Atommüll in eine strahlende Zukunft

Der Atomindustrie steht ihr eigener Müll bis zum Hals. Nach 22 Jahren Betrieb von Atomkraftwerken weiß sie noch immer nicht, wie und wo der langstrahlende und hochgefährliche Atommüll endgelagert werden kann. Die Sicherheit eines solchen Lagers muß für mehrere 10.000 Jahre garantiert sein - eine Unmöglichkeit. Um trotzdem die für die Industrie profitablen AKWs betreiben zu können, wurden "Wiederaufarbeitung" (WAA) und Zwischenlagerung als Ersatz genommen. Die "Wiederaufarbeitung" ist eine Beschönigung dafür, daß der Müll in Plutonium, Uran und Sonstigem Müll aufgetrennt wird. Die Mengen werden dadurch vervielfacht. Das herausgetrennte Plutonium ist Atombombenstoff und das giftigste Element überhaupt. Wiederaufgearbeitet wird in La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien). Dieser Prozeß erstreckt sich über Jahre und Jahrzehnte, so daß die Atomindustrie den Müll erstmal für eine Zeit los ist. Doch jetzt drängt insbesondere die französische Regierung darauf, daß der wiederaufbereitete Müll von den AKW-Betreibern hierzulande zurückgenommen wird - eigentlich war dies schon für Anfang diesen Jahres geplant. Dafür und als "Entsorgungsvorsorgenachweis" für die laufenden AKW brauchen die Betreiber das Zwischenlager in Gorleben. Das Lager ist dabei nichts weiter als eine Halle, in der die CASTOR-Behälter für mehrere Jahrzehnte abgestellt werden sollen. Das Atommüllproblem soll so auf die zukünftigen Generationen abgewälzt werden, während die Profite bereits heute gemacht werden.

Der Einlagerungsdruck in Gorleben wird also in nächster Zeit wieder stärker werden. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß die etablierten Parteien und Verbände möglicherweise erneut versuchen, einen sogenannten Energiekonsens zu finden. Dieser Energiekonsens, wenn er denn zustande kommt, soll lediglich den weiteren Betrieb der bestehenden AKW absichern und den Weg für die Zwischenlagerung freimachen - möglicherweise mit dem Zugeständnis, daß in Gorleben dafür auf ein Endlager im Salzstock verzichtet wird.

HEW - Atomstromer in Hamburg

Hamburg ist die Atomstromhochburg der BRD. Wenn denn alle vier AKW laufen, liefert uns die HEW zu über 80% Atomstrom ins Haus. Die HEW kann in ihrer hundertjährigen Geschichte auf viele Missetaten zurückblicken. 1944/45 etwa setzte sie in Kooperation mit den faschistischen Machthabern KZ-Häftlinge im Kraftwerksbau ein. Viele der Häftlinge sind durch die Arbeitseinsätze umgebracht worden. In den siebziger Jahren gehörte die HEW zu den ersten Unternehmen, das Atomkraftwerke in Auftrag gab. Sowohl die ökologischen Zerstörungen durch die Unterelbeindustrialisierung als auch die brutalen Polizeieinsätze gegen AKW-GegnerInnen gehen mit auf ihr Konto.

Das Uran, der Brennstoff der AKW, wird vornehmlich aus Kanada bezogen. In den Uranabbaugebieten leben Menschen indigener Völker, die tagtäglich mit der radioaktiven Niedrigstrahlung durch den Abbau konfrontiert sind. Zahlreiche Tote,

Die Profite wachsen in den Himmel



Krebserkrankungen und Fehlgeburten und körperliche Schäden bei Neugeborenen sind die Folge. Doch davon will die HEW nichts wissen. In der Öffentlichkeit versucht sie, sich ein ökologische Image aufzubauen. Mit viel Aufwand wird für Alibiprojekte im Bereich Energiesparen geworben.

Währenddessen versucht sie, den Betrieb ihrer vier Atomkraftwerke (Brokdorf, Brunsbüttel, Stade und Krümmel) abzusichern. Von den vieren ist Brunsbüttel seit zweieinhalb Jahren wegen Rissen in den Rohren des AKW abgeschaltet. Es soll jedoch demnächst nach einigen Reparaturen wieder in Betrieb genommen werden.

Der Widerstand gegen die laufenden Atomkraftwerke ist leider nicht so üppig, wie er letztes Jahr in Gorleben war. Das liegt natürlich auch daran, daß sich die Kräfte der Bewegung an diesem einen Punkt bündeln ließen. Was sich nicht überall gleichzeitig machen läßt. Aber schön wär's schon, wenn auch die laufenden AKW, die uns tagtäglich durch einen potentiellen Super-GAU bedrohen, wieder mehr beachtet würden.

Bei den AKWs Brokdorf und Brunsbüttel gab es vor einem Jahr eine Kampagne gegen hochradioaktive Atommülltransporte in die WAA nach Sellafield. (Der Behälter heißt hier allerdings EXCELLOX). Jeder der neun Transporte wurde zunächst blockiert, dadurch leider aber nur für kurze Zeit aufgehalten. Immerhin war es gelungen, Atomtransporte wieder öffentlich zu machen. Die Kampagne hat sicherlich dazu beigetragen, daß der Widerstand dann in Gorleben erfolgreich war. Im Frühjahr liegt wahrscheinlich wieder ein Transport von Brokdorf an. Das AKW Krümmel ist vor allem durch die starke Häufung von Leukämieerkrankungen in seiner Umgebung zu trauriger Bekanntheit gelangt. Das AKW ist seit Oktober '94 wieder in Betrieb, obwohl es klar ist, daß die Leukämie durch Radioaktivität verursacht ist. Auch hier gab es oft Blokkaden und in den letzten Monaten wieder einige Demos.

Veranstaltung am 24.2.95 - Info und Konzert

Diese Themen wollen wir euch zur Stärkung des Anti-AKW-Widerstands gern in einer Veranstaltung nahebringen. Neben den allgemeinen Infos wird es natürlich auch um die aktuelle Situation in Gorleben gehen - denn wer weiß schon, ob da nicht wieder CASTOR-Alarm ist. Damit der Spaß nicht zu kurz kommt, gibt's danach Konzert mit den Bands Springfoot Jack und Lark of September.

Eine Veranstaltung des Anti-Atom-Büro Hamburg Nernstweg 32 (Werkstatt 3), 22765 Hamburg, Tel. 3909222

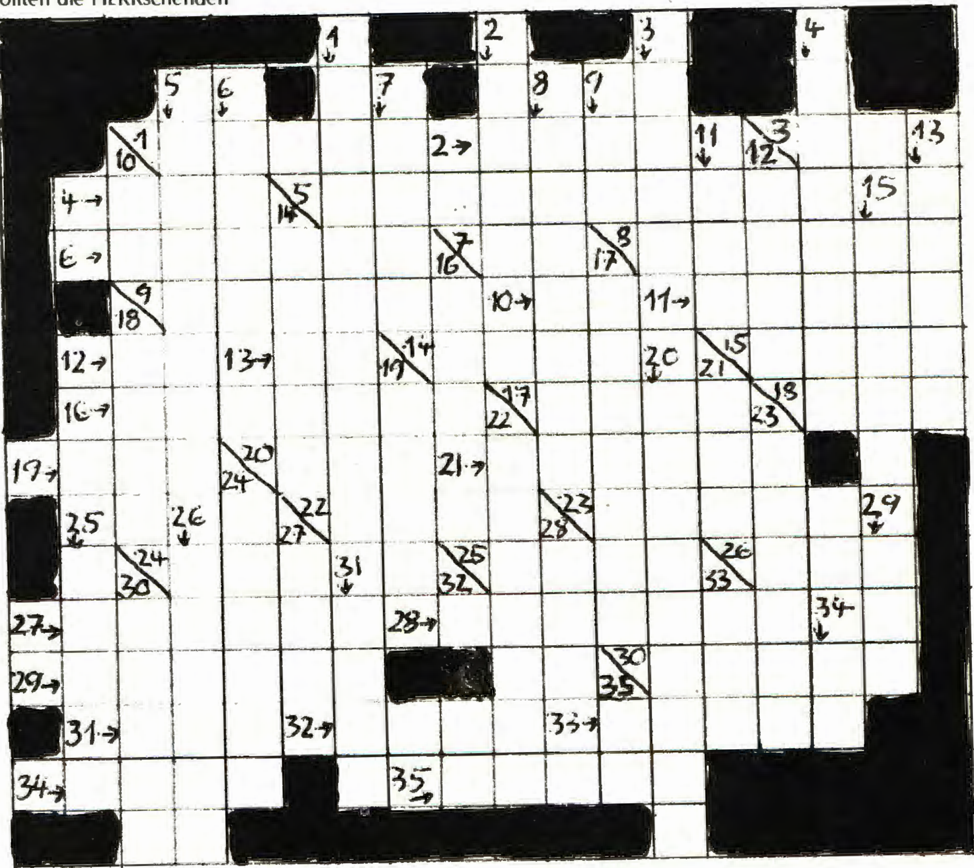


WAAGERECHT:

1. sitzt im Rathaus, als Folge von 5 senkrecht; 2. heisser Preis für coole Parties (in DM); 3. in Italien viel benutzter Artikel; unsereins stellts gerne mal vor gewisse Aktivitäten; 4. sorgt in der Flora fürs zusammenrücken um den warmen Ofen; 5. er entscheidet über das Schicksal so mancher zukünftiger SchanzenstraßenbewohnerInnen; 6. nur dort in der Flora gabs den Darkroom; 7. beim Doppelkopf wirds gern gesagt; 8. keinEr will ihn haben im Schulterblatt, obwohl seine Produkte sicher gefallen würden; 9. wenn dieses Blatt über uns schreibt, sinds sowieso nur solche; 10. es geht auf den Floraparties, aber meistens dann doch so..; 11. manchmal dreht sich autonome politik ganz schön um sich selbst, oder eben im ...; 12. der kleine Rote mit dem Kaffee kommt auch nicht ohne diesen Artikel aus; 13. die Flora trumpft manchmal mit Garagenambiente (dafür bitte nur die Abkürzung); 14. von dort kommt bei größeren Einsätzen so mancher Bulle her; 15. dorthinein getrieben hilft oft nur noch schnelles Überlegen; 16. so manches Plenum wird vorallem dadurch geprägt; 17. die Rache der Affen (Äffinnen) traf sie hart aber gerecht, auch wenn die Vergangenheit dieser Zeitung durchaus fortschrittlich war; 18. ersetzt heute bei vielen , was früher Bier und Ei zum Styling taten; 19. wer, wenn nicht ..., wann, wenn nicht jetzt; 20. Nimm 2 Parties waren nie so, auch wenn sie dort stattfanden; 21. ausschlafen wäre schöner, aber daran kommen leider immer weniger vorbei; 22. da kann mensch sich einen ... drauf machen, oder nicht; 23. nicht Hochmut oder Tapferkeit, eher schlechte Laune; 24. Mißfallensausruf; 25. stinknormaler Baum (wächst gern beim Wasser); 26. "Bioethiker" beschäftigen sich viel damit, auch anderen profitierten gern davon; 27. nicht fest, eher lose, das ganze hier; 28. vorallem HundebesitzerInnen kennen diese Problem; 29. NicaraguanerInnen wählten ihn Anfang der 90er ab, geachtet wird er trotzdem noch; 30. griechisch für sehr lange Zeiträume, (falsch geschrieben); 31. nach mir kommt in zweiter person...; 32. bekanntes Hamburger Stadtmagazin und Diskussionsblättchen, bei manchen sogar recht beliebt; 33. in der Tschechei so beliebt wie hier wahrscheinlich der Opel Kadett; 34. Stadt der Löwen in Spanien; 35. dort an der Ostsee wollten die HERRschenden vor kurzem der Nazi-Raketenkunst gedenken;

SENKRECHT:

1. düsterer Trinkort in Mitten der Weidenallee; 2. alter Ausdruck für schlechte Geschichte; 3. obwohl der von Norden kommt, finden ihn hier lang nicht alle komisch; 4. japanische Heiwurzel; 5. trautes Heim , sollt' es sein, die Rote Flora, nach ihrem Gutdünken aber; 6. Fischstäbchen für die einen, Unterkunft für die anderen; 7. der wahre Charakter von 21 waagerecht ist fast schon Gut; 8. wer Leon, den Profi, kennt, weiß auch seinen Beruf (englisch); 9. '89 noch war dieses Kürzel in aller Munde; 10. auch wenn wir keine Partei sind, dieses wird trotzdem immer wieder gerne ins Spiel gebracht; 11. nicht Kante, sondern das ohne E hinten; 12. eigentlich gibts immer nur `uns´, manchmal heißts dann aber doch wir und ...; 13. unbekannte Kneipe gegenüber der Flora, fast wie im Urlaub; 14. Gesetzestreue wird mit diesem romanischen Artikel hinfällig; 15. nicht besitzanzeigend, eher komisch bis distanziert;16. dieses Wort und hier kennt mensch vom Bäcker; 17. allseits beliebte Feiern im Karoviertel, dem Bauwagengesetz sei's gedankt; 18. Zeitung der GenossInnen im Baskenland; 19. geh, und noch das ist ziemlich unheimlich; 20. das an der Wand ist manchmal auch recht unheimlich; 21. Abkürzung für die nordamerikanische indigene Bewegung , sehr zielgerichtet; 22. Gringos werden sie südlich davon genannt; 23. linksradikale Einstellung wird hier eher als Sünde bezeichnet, nicht wie es eigentlich heißen müßte, nämlich so; 24. arbeiten, auf dem Feld, bis zum umfallen; 25. nur zum drauf sitzen gedacht; 26. die geht manchmal ganz schön ab, wenns mal im Viertel knallt; 27. fremdwörtlich würde das bei der Vormacht am Anfang stehen (natürlich kein zulässiges Kürzel); 28. in Italien sehens viele im Tievie, in Marokko wirds in anderer Form gerne gehört; 29. wie jetzt, nur kürzer; 30. als Held der Arbeit, z.B. bekamst du es, manche verbringen ihr ganzes Leben darin (gähn); 31. Hannoveraner Pendant zur Zeck; 32. Kürzel für heimliches; 33. auf mancher Innenstadtdemo fühlt mensch sich wie dort, nur die Fütterungsversuche fehlen; 34. dessen Telefonnr. tragen viele gern auf Hand oder Arm geschrieben (Kurz); 35. mit diesem Wörtchen wird getane Arbeit gern abgeschlossen;



Ständige Termine in der Flora. Cafeöffnungszeiten: Mo- Do 16-21 Uhr, Sa 11.30-15 Uhr, und bei Veranstaltungen. **Mo 16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **17-20 Uhr** Motorradselbsthilfe. **19 Uhr** Vokü (meist vegan und wöchentlich). **Di 18-19.30** Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem). **Mi 16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **Do 16-19 Uhr** Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen, feste Nutzung). **17-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe. **Fr 9-12 Uhr** Kindercafe mit Frühstücksbüffet und Spielangebot. (14-tägig) **Sa 11.30-15 Uhr** vegetarisches Frühstück. **16-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe. **So 19:30** vegane Vokü (14-tägig,, nächste Termine: 13., 20. und 27. November)



Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im FRITZ BAUCH



BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag - Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr. Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Friedensallee 7-9 · 22765 Hamburg-Ottensen
In den Zeisehallen
Montag-Freitag 10-18.30 h, Samstag
Telefon: 040 / 39 51 76



Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)







» das taxi «
22 11 22

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten
Mo-Fr 10.00 - 18.30
Sa. 10.00 - 14.00

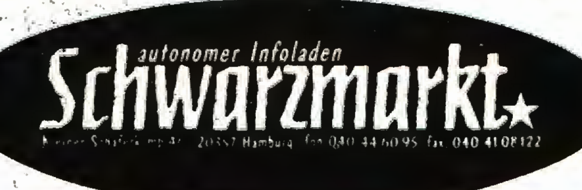
Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrucktuierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen



Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen



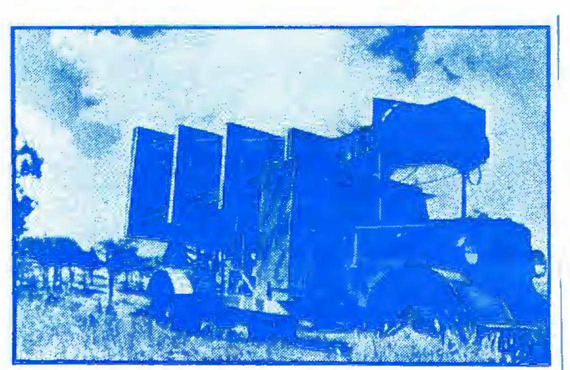
"Alle mal herhören! Flora ist echt scheiße geworden! Teurer Eintritt und so, hippe Kommerzkacke für Taxiyuppies und gewaschene Mittelklasseautonome. Boykottieren! Nicht mehr hingehen! Kein Eintritt zahlen, sondern stürmen! Am besten neu besetzen!" *Foto von einer Protestdemo des CNT in Madrid gegen die neue Politik der Goldenen Flora am 19.12.94.*

Goldene Flora.

3.2. Konzert: Kante, Zimbo und ***Wohlding*** (Berlin). Zimbo sind zu dritt, mit Hardcore im Kopf und Pop im Bauch durch schlechtgelüftete Vorgärten wie andere mit 30 Mann durch Kathedralen. Mit Texten z.B. über beamtenerschießende Bauern. Kante präsentieren Popcore und Breakrock. Leoncavallo, 21 Uhr.
4. und 5.2.: Bundesweites Vorbereitungstreffen für den Autonomen-Kongreß. Die Autonomen-ChefInnen aus allen wichtigen Städten treffen sich diesmal in Hamburg, zur Koordinierung des Kongesses vom 14.-17. April in Berlin.
4.2. Konzert: Loudspeaker (New York City) und ***Operation Mindfuck*** (Rendsburg). Pflichtübung für alle, die ein ehemaliges Bandmitglied von Crucifix lebend und in Originalgröße sehen wollen. Loudspeaker machen Noisecore, Operation Mindfuck bedienen die FreundInnen des brachialen Hardcore. Halle, 21 Uhr. ***5.2. Irmgard ist frei! Das feiern wir!*** Konzert und Party zugunsten von Irmgard Möller, die am ersten Dezember nach über 22 Jahren Knast freigelassen wurde. Mit den Hamburger Gitarren- und StimmpropagandistInnen: Claudia Gonzalez, Die Sterne, Die Goldenen Zitronen, Three Normal Beatles, Knarf Rellöm und Jochen Diestelmeyer. Große Halle, ab 20 Uhr. ***10.2. Intrigala.*** Freudenfest für Lesben und Schwule. Die Gala bietet allen Feiertunten und Schwestern die autonome Freudenparty mit Disco-, House- und Technoklängen. Lesbische und schwule Darkrooms erleichtern die Kontaktaufnahme. In diversen Räumlichkeiten bietet die Flora schockierende Schlagerparaden und brilliant bizarre Dekorationen. Hier wird mit Liebe und Geschmack inzeniert - und nicht mit Hilfe von Sponsoren verschandelt. Die Überschüsse gehen vollständig an: Basis e.V. für Stricher-Freizeiten, Antifa-Genclik Prozeßkosten in Berlin, Schwulenberatung bei Präventation e.V., LATEX - Lesben-Aids-Texte, Baukasse der Flora. Eintritt: 8 DM. Ab 22 Uhr. ***17.2. Performance und Disco.*** Soliaktion zugunsten der Flora Baukasse. Halle oben, 20 Uhr. ***24.2. Informationsveranstaltung*** (20 Uhr) des Anti-Atom-Büros. Anschließend, ca. 21:30 Uhr, ***Konzert*** mit ***Lark of September*** in der großen Halle. ***25.2. Dancehall: Shantytown Soundsystem***, große Halle, 21 Uhr. ***26.2. Tanztheater:*** "Cappuchino, bitte" ein postmodernes Tanztheaterstück von Richard Lee und Larrissa Stierlin. Es ist ein Stück, das sich spielerisch und mit absurd anmutendem Humor damit beschäftigt, was passiert, wenn Männer und Frauen an öffentlichen Plätzen, wie einem Cafe, einander begegnen. Große Halle, 20 Uhr. ***26.2. ab 22 Uhr: Konzert: Die 116.*** New York-Hardcore auf dem Wreckage-Label. Leoncavallo, 22 Uhr. ***3.3. Konzert: Higgins.*** Wegen der starken Nachfrage nun schon zum dritten Mal in der Goldenen Flora. Themen aus Pop, Jazz, Filmmusik, Funk und Fernsehen - in freier und harmonischer Improvisation. Vokü, 21 Uhr. ***4.3. Dancehall: Silly Walks*** legt für die geklaute Anlage auf. Große Halle, 22 Uhr.

Störtebeker.

"Acht Mark? Das ist Kapitalismus! Laß' mal in in den Steppenwolf gehen." (Zitat von einer Gruppe verhinderter Besucher der trendigen Jungle-Sylvesterparty). Genau aus dem gleichen Grund gehe ich da übrigens auch nicht mehr so oft hin. Acht Mark ist doch kein Punk mehr! Im Februar ist wegen angeblicher Renovierungsarbeiten Konzertpause. Weiter gehts im März mit: ***4.3.*** Konzert: **Bender** (UK) und **n.n.** . Bender traten unlängst mit Citizen Fish und AOS 3 in der Flora auf. Die Band lässt sich auch gut in diesen Rahmen einordnen: rauh, politisch korrekt, dublastig. 21 Uhr. ***8.3.*** Konzert: **Kurort** (Bad Ischl, ÖS) und **Naked Aggression** (US-Anarchopunk mit female vocals), 21 Uhr. ***18.3.*** Recordreleaseparty: **Tocotronic**, 21 Uhr.



luidspreker
loudspeaker

Woanders.

31.1. Nachermittlungen: Film über den Bullenspitzel in Tübingen, B-Movie, 20.30 Uhr. ***3.2. Informationsveranstaltung*** mit Brigitte Herz und Momin Khan aus Montreal: Selbstbestimmung und Widerstand. Die Mohawks in Nordamerika. Mit Videobeitrag und Diskussion. Stadtteiletage im Schanzenviertel, 20 Uhr.